Unsere Haltung zum Terrorismus Seite 5

1H 20 150C

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD / Marxisten-Leninisten

Nr. 49 vom 7. Dezember 1974 | 8. Jahrgang | 50 Pfennig

Mit Hetzlügen und Terror gegen Revolutionäre und Kommunisten

Polizeiüberfall auf hundert Wohnungen

Hunderte von Polizisten, jeweils in Kommandos bis zu 70 Mann, ausgerüstet mit Maschinenpistolen, Äxten und Pistolen, überfielen am 27. 11. 1974 morgens um 6 Uhr ungefähr hundert Wohnungen in Westdeutschland und Westberlin, darunter auch Büros von Rechtsanwälten. Einer der Überfallenen, der Arzt Genosse Reimer Hoffmann aus Hamburg: „Es waren 8 Polizisten mit Maschinenpistole, Brechstange und gezückten Revolvern. Obwohl meine Freundin und ich im Schlafanzug dastanden, durchsuchten sie uns sofort nach Waffen. Als ich mich anzog, durchsuchte ein Polizist mit gezogener Pistole jedes Kleidungsstück, bevor er es mir gab. Meine Freundin mußte sich nackt ausziehen und wurde von einer Frau abgetastet." Anschließend wurde die ganze Wohnung auf den Kopf gestellt, der Genosse vorübergehend festgenommen und erkennungsdienstlich behandelt. Gleichzeitig drang ein Kommando der Polizei durch das Kellerfenster in das Haus seiner Eltern ein, die nicht zu Hause waren.

In Frankfurt ging die Polizei, wie auf einer Pressekonferenz zu erfahren war, teilweise noch brutaler vor:

Einem Mädchen, das zu schreien begann, als ihre Wohnungstür eingeschlagen wurde, schossen Polizisten mit einer Tränengaspistole direkt in die Augen. Einer hochschwangeren Frau wurde eine Polizeipistole vor den Bauch gehalten. Ein 6jähriges Kind wurde nicht in die Schule gelassen mit der Begründung, es könne Informationen weitergeben. Den Eltern wurde sogar angedroht, das Kind dem Jugendamt zu übergeben. Andere kleine Kinder wurden von ihren Eltern getrennt und alleine von der Polizei verhört. Sie sollten Aussagen über ihre Eltern machen.

Gleichzeitig wurden gezielte Versuche unternommen, einem Teil der durchsuchten Personen ihren Arbeitsplatz und ihre Wohnung zu rauben. So wurde einigen verboten, sich bei ihrer Arbeitsstelle zu entschuldigen, in anderen Fällen rief die Polizei selbst dort an. Zum Teil gingen die Polizisten sogar an die Arbeitsplätze und setzten dort ihre Durchsuchung fort. Im Falle eines Lehrers, der durchsucht wurde,



Frankfurt: Ein junger Mann wird von bewaffneter Polizei abgeführt. Bei dem Zivilbeamten im Vordergrund sieht man die Pistole unter der Jacke.

hängte man in der Schule an das Schwarze Brett einen Zeitungsausschnitt, aus dem hervorging, daß der Lehrer in einem der durchsuchten Häuser wohnte. Den Bewohnern eines ganzen Hauses wurde von der Wohnbau GmbH in Frankfurt gekündigt. Dabei wurde zugegeben, daß das auf einen Wink der Polizei geschehe.

Noch am selben Abend erklärten die Bundesminister Maihofer und Vogel voller Stolz, daß sie die Urheber dieser faschistischen Razzia seien und lobten sie als einen Beweis für die „Stärke" unserer Demokratie. In dieser Sendung wurde gleichzeitig klar, warum die Bourgeoisie gerade zu diesem Zeitpunkt und mit solchem Aufwand und einer derartigen Brutalität vorging. „Baader-Meinhof – Wie groß ist die Gefahr? " hieß die Sendung und die Bundesminister erklärten, daß es ein Ziel dieser Razzia gewesen sei, „Tatsachenmaterial" zu liefern dafür, daß die Gefahr sehr groß sei. Dieses „Tatsachenmaterial" bestand, wie man auch am nächsten Tag in „Bild" lesen konnte, in 600 kg Sprengstoff, massenweise Chloroform und anderen Waffen.

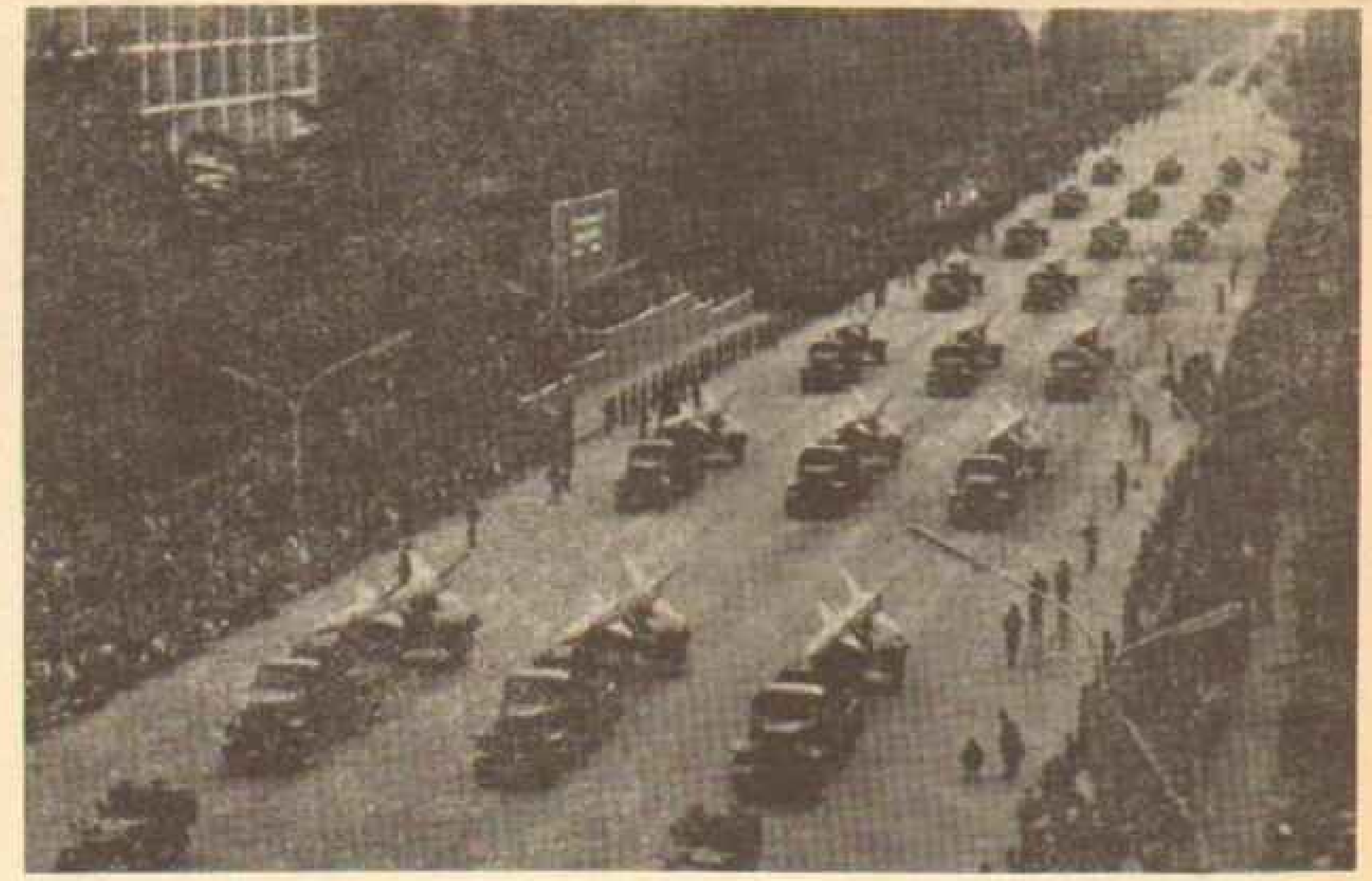
Das albanische Volk feiert den 30. Jahrestag der Befreiung und des Sieges der Volksrevolution

Am 29. November feierte das albanische Volk den 30. Jahrestag der Befreiung Albaniens und des Triumphes der Volksrevolution. Voll Stolz konnte das albanische Volk an diesem Tag auf 30 Jahre Kämpfe und Siege zurückblicken, in denen es von seiner ruhmreichen Partei der Arbeit mit ihrem Vorsitzenden, Genossen Enver Hoxha, mit großartigem Erfolg geführt worden ist. Ein Tag, an dem das albanische Volk voller revolutionärer Zuversicht der Zukunft entgegensehen kann.

Zu den Feierlichkeiten waren auf Einladung des Ministerrates und der Partei der Arbeit Albaniens Regierungsdelegationen vieler befreundeter Länder gekommen, allen voran die Delegation der Volksrepublik China unter Leitung von Yao Wen-Yüan, Mitglied des Politbüros des ZK der Kommunistischen Partei Chinas.

Delegationen der marxistisch-leninistischen kommunistischen Parteien aus aller Welt waren nach Tirana gekommen, um diesen bedeutenden Tag an der Seite der Partei der Arbeit mit dem albanischen Volk zu feiern. Unter ihnen war auch die Delegation der KPD/ML unter der Leitung des Vorsitzenden Genossen Ernst Aust.

Es war tief beeindruckend, wie



Militärparade auf dem „Boulevard der Helden der Nation".

Am Morgen des Festtages fand auf dem „Boulevard der Helden der Nation" in Tirana eine große Militärparade statt. Auf der Tribüne erschienen der Genosse Enver Hoxha, Vorsitzender der Partei der Arbeit, Haxhi Lleshi, Vorsitzender der Volksversammlung, Mehmet Shehu, Vorsitzender des Ministerrates und andere Partei- und Staatsführer. Anwesend waren auch die ausländischen Delegationen.

Es war ein feierlicher Augenblick, als der Paradekommandant sich in einem offenen Fahrzeug der Tribüne näherte und dem Oberkommandierenden der Streitkräfte, Genossen Enver Hoxha, Meldung erstattete. Im Namen des Zentralkomitees der Partei der Arbeit Albaniens, des Ministerrates und des Oberkommandierenden der Streitkräfte der Volksrepublik Albanien begrüßte der 1. Sekretär des Parteibezirkskomitees von Tirana und Mitglied im Politbüro des Zentralkomitees die Paradeteilnehmer und überbrachte ihnen die Glückwünsche zum ruhmreichen Jubiläum der Befreiung und des Sieges der Volksrevolution in Albanien.

Einige Augenblicke lang erschallten auf dem „Boulevard der Helden der Nation" machtvolle Hurra-Rufe. Dann gaben die Fanfaren das Signal Die Parade begann.

zunächst die Veteranen des antifaschistischen nationalen Befreiungskampfes vorwegmarschierten, sie, die am 29. November 1944, am großen Tag der Befreiung, auf demselben Boulevard vorbeigezogen waren. Die schon grauhaarigen Veteranen, die in den stürmischen Jahren des nationalen Befreiungskampfes zu den Waffen griffen, um dem Volk und dem Vaterland die Freiheit zu erringen, trugen nun wieder die Waffen mit derselben Entschlossenheit, die Revolution und den Sozialismus zu verteidigen.

AUS DEM INHALT:

Bombenanschläge auf Lokale in Birmingham

"Reichstagsbrand" der britischen Imperialisten.

Wer in England künftig über die IRA etwas anderes verbreitet als die Hetze und Lügen der britischen Imperialisten, muß mit einer Strafe rechnen. Die IRA ist verboten worden, die Gesetze für Inhaftierung verschärft, und über die Wiedereinführung der Todesstrafe soll noch verhandelt werden. Begründet werden diese Maßnahmen mit den Bombenexplosionen in Birmingham.

Nicht zufällig explodierten die Bomben in Birmingham, die Sache war abgekartet. Zur gleichen Stunde fand die Überführung des gefallenen irischen Patrioten Mc Dade von Birmingham nach Belfast statt. Einen Trauerzug hatte Innenminister Jenkins am Tag zuvor verboten. Tausende von Polizisten setzten dieses Verbot durch. Mitten in dieses Geschehen explodierten die Bomben, wurden Jugendliche getötet und verletzt. Es war das Werk von Provokateuren der britischen Imperialisten. Und wie geschmiert lief die Propagandamschine an:Die Zeitungen am nächsten Morgen: Das war die Rache der IRA!

Panik unter der Bevölkerung, Stimmungsmache gegen den Befreiungskampf des irischen Volkes – das war das Ziel der Bombenanschläge auf die beiden Lokale in Birmingham. Es ist nicht das erste Mal, daß die britische Bourgeoisie Bombenleger schickt, um die Bevölkerung aufzuhetzen und auf ihre Seite zu ziehen. Bereits der Bombenanschlag am Tower, die Anschläge auf andere Gaststätten, usw., bei denen Werktätige umgebracht wurden, trugen die deutliche Handschrift von Provokateuren.

Kriminelle, gemeine Verbrecher werden vom britischen Sicherheitsdienst für solche Aktionen eingesetzt und bezahlt. Bekannt wurden zum Beispiel die beiden Brüder Littlejohn, zwei Kriminelle, die im Auftrag des britischen Sicherheitsdienstes Banküberfälle veranstalteten, die als Aktionen der IRA ausgegeben wurden. Beide Brüder plauderten dies aus, nachdem sie wegen verschiedener Pannen von der Polizei aufgegriffen und ins Gefängnis gebracht worden waren.

Die Bombenanschläge von Birmingham haben viel Ähnlichkeit mit dem Reichstagsbrand der Nazis. Denn wie der Reichstagsbrand zur verstärkten Verfolgung von Kommunisten und zum Progrom gegen Juden diente, so rechtfertigen die britischen Imperialisten mit den Bombenanschlägen nicht nur die Verfolgung der irischen Befreiungskämpfer und ihrer Organisationen in England, sondern entfalten auch zugleich eine Progromhetze gegen die irische Bevölkerung überhaupt: Schon haben sich reaktionäre Kräfte zu „Aktionsgruppen" zusammengeschlossen und Attentate auf irische Lokale, Clubs und andere Einrichtungen angekündigt, Brände sind bereits schon gelegt worden. Genau das entspricht der Absicht der britischen Imperialisten. Es ist der Versuch, mit Einschüchterung die kämpferischen Patrioten von den breiten Volksmassen zu spalten.

Doch die irischen Volksmassen stehen zu ihren Kämpfern. So sagte die Mutter des gefallenen IRA-Kämpfers McDade: „Er verdient ein Heldenbegräbnis; er ist kein Verbrecher, er ist ein Patriot; er kämpfte für sein Land, um unser Volk zu schützen." Das Volk in Nordirland gegen die Unterdrückung durch den britischen Imperialismus verteidigen und den Feind anzugreiren – das ist der Kampf der irischen Patrioten. Aber niemals richten sich die Angriffe der Befreiungskämpfer gegen das Volk, weder gegen das irische noch gegen das englische. **Dieser gerechte Kampf hat nicht das geringste zu tun mit den feigen Bombenprovokationen und Morden der britischen Imperialisten an Jugendlichen und Werktätigen**

Die Bomben von Birmingham waren der Vorwand für die britischen Imperialisten, ihre Unterdrükkung zu verschärfen, gegen das irische Volk und seinen Befreiungskampf, aber auch gegen den Kampf der englischen Arbeiterklasse. Denn die Notverordnung, die die britischen Imperialisten in Kraft setzten, richtet sich genauso gegen die mächtigen Streiks der englischen Arbeiter, gegen ihren Kampf zur Erhaltung ihrer Lebensbedingungen und zum Sturz des britischen Imperialismus.

Der Mord an 19 Jugendlichen, die schweren Verletzungen von fast 200 Jugendlichen durch die Bomben von Birmingham – das war eine konterrevolutionäre Aktion der britischen Imperialisten, die in Nordirland nicht siegen können, sondern eine Niederlage nach der anderen einstecken müssen, die sich im eigenen Land einer immer stärkeren Front der Arbeiterklasse gegenübersehen, war ein Verbrechen von Imperialisten, die ihre endgültige Niederlage, ihren Untergang befürchten.

Polizeiüberfall auf hundert Wohnungen

Fortsetzung von Seite 1

Solche „Tatsachen" braucht die Bonner Regierung, das wurde offen zugegeben, um der Bevölkerung und vor allem der großen Zahl von fortschrittlichen Menschen, die in den letzten Tagen und Wochen gegen die Ermordung des Genossen Holger Meins und gegen die Isolationsfolter protestiert und demonstriert hatten, zu „beweisen", daß hier nicht politische Gefangene gefoltert werden, sondern die Bevölkerung vor Mördern geschützt wird. Denn dies, so ein Journalist unwidersprochen, sei der Polizei bisher nicht in ausreichendem Maße gelungen. Daneben spekuliert die Regierung natürlich darauf, daß allein der große Polizeiaufwand bei allen, die noch Illusionen in diesen Staat und seine vorgebliche Demokratie haben, die Vorstellung weckt, daß da doch eine gefährliche Verbrecherbande am Werk sein müsse.

Was sind das aber nun für Tatsachen, die die Bundesminister und die gesamte bürgerliche Presse da präsentiert haben? Von der Durchsuchung des Hauses Heidestr. 13 in Frankfurt beispielsweise berichtet ein Augenzeuge: „Morgens um 6 Uhr kam ein Aufgebot von 60-70 Polizisten, darunter Spezialisten vom BKA (Bundeskriminalamt). Sie haben sofort die Tür aufgebrochen. Die Bewohner wurden aus dem Schlaf gerissen. Das ganze Haus wurde auf den Kopf gestellt. Es wurde gezielt nach Schriftstücken, Briefen, Stadtplänen usw. gesucht. Waffen wurden nicht gefunden, aus dem einfachen Grund, weil solche Dinge nicht im Haus waren Vier der Bewohner wurden festgenommen und aus dem Haus geschleift." In „Bild" liest sich dieser Polizeiüberfall so: „Auf leisen Sohlen stürmten sie das besetzte Haus Heidestr. 13 im Nordend. Hier bastelten Anarchisten Bomben. ,Wir haben genug gefunden', sagte ein Polizeisprecher.

In ganz Frankfurt, das angeblich ein Hauptfundort für die 600 Kilo Sprengstoff und die Lastwagen voll Waffen gewesen sein soll, wurden insgesamt zwei Waffen gefunden: eine Gaspistole und eine Luftpistole. Chloroform wurde zwar gefunden und beschlagnahmt, aber ausschließlich bei Ärzten. Diese ganzen „Beweise" für das Verbrechertum der Revolutionäre und Kommunisten entspringen genauso der Phantasie der Polizei und haben das gleiche Ziel wie das berüchtigte Schlachtermesser, die Hieb- und Stichwaffen, die angeblich bei den Teilnehmern der Beerdigung des Genossen Günter Routhier vermutet und auch gefunden sein sollen. So soll vom Terror der Bourgeoisie, ihren politischen Morden an Revolutionären und Kommunisten, ihren Foltermethoden an politischen Gegnern in den Gefängnissen abgelenkt und die „Rechtfertigung" für eine weitere Ausdehnung des Terrors gegen die revolutionäre Bewegung und gegen die KPD/ML geliefert werden. „Maßnahmen zum Schutz des Volkes", nannte Goebbels das. „Offensive Verteidigung des Rechtsstaates" heißt das heute. Der große antifaschistische Kämpfer Fiete Schulz, Mitglied des Rotfront-Kämpferbundes und der KPD, wurde von Goebbels als „Mörder" zum Tode verurteilt. „Mörder" kann und soll er nach jüngstem Gerichtsbeschluß auch heute heissen.

Aber die Bundesminister lügen nicht nur, wenn sie behaupten, ihr Terror richte sich gegen Kriminelle und Verbrecher, sie lügen auch, wenn sie behaupten, diese Razzia habe sich nur gegen einen eng begrenzten Kreis von RAF-Mitgliedern und Sympathisanten gerichtet. Benda selbst gab in der schon erwähnten Fernsehsendung zu, daß die hauptsächliche Gefahr von „linksradikalen" Organisationen ausgehe, die nicht den Terror, sondern den revolutionären Umsturz propagieren und vorbereiten würden. Über diese Organisationen gebe es auch eine Verbindung zu illegalen Streiks und anderen Massenaktionen.

In der Tat richtete sich diese Razzia auch gegen Genossen der KPD/ML, versucht die Bourgeoisie auf der Linie, die sie bereits vor einigen Wochen in der Presse propagierte – die KPD/ML sei der logistische Kopf der RAF – auch die KPD/ML zu kriminalisieren und zu verfolgen. So fand unter dem Vorwand, man habe bei Margrit Schiller und Angela Luther Hinweise auf seine Verbindungen zur RAF gefunden, auch eine Hausdurchsuchung bei dem kommunistischen Arzt Reimer Hoffmann in Hamburg statt. Daß die behauptete Verbindung zur RAF nur ein Vorwand war, um einen bekannten Kommunisten zu verfolgen, zeigt sich schon allein daran, daß Genossin Margrit Schiller bereits im Februar dieses Jahres verhaftet worden ist.

Eine andere „Verbindung" wurde in München hergestellt, wo man am 28. 11. in der „AZ" lesen konnte, bei der Durchsuchung einer Wohnung habe man auch die Jacke des „Anarchisten" Sascha gefunden. Daß Sascha kein „Anarchist" ist, sondern Mitglied der ROTEN GARDE, weiß die Bourgeoisie natürlich ganz genau. Sie hat es von Sascha selbst gehört, sie hat es auf zehntausenden von Flugblättern der Partei und der ROTEN GARDE lesen können, die den geplanten Schreibtischmord an einem deutschen Kommunisten, der unter dem Vorwand, daß sein Vater Perser ist, an das Henkerregime des Schah ausgeliefert werden soll, anprangerten. Offenbar ist sie aber jetzt entschlossen, eine neue Offensive zu beginnen, um ihren Schreibtischmord in die Tat umzusetzen. So wurde bereits dem Genossen, in dessen Wohnung angeblich die Jacke und Schriftstücke des Genossen Sascha gefunden wurden, ein Prozeß wegen „Fluchthilfe" angedroht.

Einen Tag nach dieser bundesweiten Razzia fanden im Raum Stuttgart/Tübingen erneut bei drei Genossen und im Parteibüro Stuttgart der KPD/ML Hausdurchsuchungen statt unter dem Vorwand, man suche den presserechtlich Verantwortlichen für eine Betriebszeitung mit fehlendem Impressum. Diese Durchsuchung wurde ebenfalls von bewaffneten Polizeibeamten durchgeführt, die in der Wohnung nicht nur Schriften der Partei und anderer Organisationen, sondern auch Schallplatten aus China und Albanien und völlig private Dinge, wie z.B. den Brief der Mutter einer Genossin mitnahmen.

Daß die Genossen der Partei nicht zufällig auf der Terrorliste des Bundeskriminalamtes standen, zeigt sich völlig klar an dem beinahe gleichzeitig eingegangenen Ermittlungsverfahren gegen den ROTEN MORGEN Nr. 39 und der Beschlagnahmung des ROTEN MORGEN Nr. 46. Neu an diesen Schreiben der bürgerlichen Klassenjustiz ist nicht, daß der ROTE MORGEN wegen „Verächtlichmachung der BRD" belangt wird, weil er den politischen Mord an Holger Meins und die zunehmende Faschisierung beim Namen nennt. Diese Neuauflage der alten faschistischen Staatsschutzgesetze gehört heute zum Standardarsenal der Bourgeoisie im Kampf gegen die kommunistische Presse.Neu ist aber, daß gegen den ROTEN MORGEN hier in Bezug auf den Anschlag auf das Heidelberger Hauptquartier der NATO und die Hinrichtung von Drenkmann in Westberlin wegen § 138 (§ 138 – Nichtanzeige drohender Verbrechen) ermittelt wird. Mit diesen Ermittlungen, die sich zum Teil auch auf die ROTE HILFE erstrekken, wird juristisch versucht, was publizistisch schon geschehen ist: es wird – völlig aus der Luft gegriffen – behauptet, die Partei habe so enge Verbindungenzur RAF, daß sie sogar in die Vorbereitung ihrer Aktionen eingeweiht ist.

Dieser Terror,der in den letzten Tagen gegen die revolutionäre Bewegung und gegen die KPD/ML entfaltet wurde, beweist noch einmal aufs Neue, daß es bei dem Mord an dem Revolutionär Holger Meins nicht um die Bestialität einzelner Gefängnisangestellter ging, nicht um die Frage, ob Holger Meins in den letzten Tagen seines Lebens vielleicht zu wenig Nahrung bekommen hat. Sein Tod war das Ergebnis der planvoll und systematisch vorangetriebenen Faschisierung in Westdeutschland und Westberlin, genau wie die Razzia am 27.11. auch. Es ist die Aufgabe der Partei, der Arbeiterklasse und der anderen Werktätigen, anhand dieser Ereignisse erneut zu erklären, daß die Gefahr der erneuten Errichtung einer faschistischen Diktatur nicht hauptsächlich von der Durchsetzung des politischen Programms einer Partei wie z.B. der NPD droht. Der Faschismus ist die offen terroristische Diktatur der Bourgeoisie über die Arbeiterklasse, um den Sieg der proletarischen Revolution zu verhindern. Es ist die Faschisierung des Staatsapparates, womit die Bourgeoisie heute auf dieses Ziel hinsteuert.

Deine scharfe Waffe ROTER MORGEN

Seit der letzten Veröffentlichung gingen an Spenden für den ROTEN MORGEN folgende Beträge ein:

Albanienveranstaltung am 27. 8. 74 in Heidenheim, 3. 9. 73, 38 DM – Hochzeitsfeier, Westberlin-Wedding, 11. 9., 103 DM – Sympathisanten der Partei in Müden/Aller, 14. 9., 10 DM – H. F., Naunheim, 20. 9., 10 DM - Sympathisanten aus Bochum, 21. 9., 6,50 DM – M. C., Werdohl, 1. 10., 10 DM – W. K., Essen, 8. 10., 10 DM – Kunden des Buchladens ROTER MORGEN Stuttgart, 21. 10, 60 DM – W. K., Essen, 22. 10., 10 DM – ROTER MORGEN-Leserkreis Kiel-Friedrichsort, 23. 10., 29,86 DM – M. C., Werdohl, 24. 10., 5 DM – Hochzeitsfeier in Nordenham, 24. 10., 200,40 DM – ROTER MORGEN-Leserkreis Kiel-Friedrichsort, 26. 10., 99,86 DM – Hochzeitsfeier von U. und H., Westberlin, 31. 10., 300 DM – ROTER MORGEN-Verkauf in Würzburg-Zellerau, 4. 11., 30 DM – Veranstaltung zum 25. Jahrestag der VR China, Frankfurt, 4. 11., 190,02 DM – Buderus-Arbeiter, Lollar, 5. 11., 6 DM – Buchladen ROTER MORGEN, München, 8. 11., 5,10 DM – F. O., Oberdürrbach, 13. 11., 5 DM – W. K., Essen, 19. 11., 10 DM – KSB/ML Hannover, 23. 11., 50 DM – T. H., Lübeck, 28. 11., 15 DM.
SUMME: 1 423,14 DM.

Kurz berichtet

„GEGEN DIE ,IRAN-WOCHE' DES SCHAH-REGIMES!"

Diesem Aufruf der Föderation Iranischer Studenten in der Bundesrepublik folgten am 30. 11. 74 rund 1 000 Menschen, die in einer eindrucksvollen Demonstration durch die Kölner Innenstadt marschierten. Unterstützt worden war dieser Aufruf der FIS gegen die in mehreren Städten der Bundesrepublik stattfindenden Propagandawochen für das Schahregime bei dieser Demonstration von der Partei, der FRAP, GRF, Liga und „K"BW. Unter den Demonstranten waren sehr viele Ausländer. Die Polizei hatte zwar nicht gewagt, diese Demonstration, wie bereits andere Demonstrationen gegen das Schah-Regime, „aus außenpolitischen Gründen" zu verbieten, setzte aber ein starkes Polizeiaufgebot ein. 20-25 Mannschaftswagen standen bereit, in Abständen von 5-6 Metern säumten Polizisten die Demonstration.

Genossen berichten, daß die Demonstration auf lebhaftes Interesse bei der Bevölkerung stieß, der in wiederholten Kurzkundgebungen die Lage der Werktätigen unter dem faschistischen Schah-Regime geschildert und zur Unterstützung des Kampfes der persischen Volksmassen aufgerufen wurde. Auf einer Schlußkundgebung sprach neben Vertretern der anderen Organisationen auch ein Redner der Partei, der besonders betonte, daß die Feinde des persischen Volkes vor allem die beiden Supermächte, der USA- und SU-Imperialismus sind und gleichzeitig zum Kampf gegen den westdeutschen Imperialismus aufrief, der ebenfalls an der Ausbeutung und Unterdrückung des persischen Volkes beteiligt ist.

MÜNCHEN/DORTMUND:

Am 28. 11. morgens erschien in der Münchner „AZ" die Hetzlüge, daß in der Wohnung des bei der bundesweiten Polizeirazzia festgenommenen Genossen Wolf Sch. auch die Jacke des „Anarchisten" Sascha gefunden worden sei. Die Ortsgruppe der Partei und der ROTEN GARDE beantwortete diese Provokation sofort. Noch am selben Tag erschien ein Flugblatt, das diese Lügen entlarvte und aufrief, den Kampf für die Einbürgerung des Rotgardisten Sascha, der als Sohn eines persischen Vaters, obwohl er in Deutschland geboren ist und kein Wort persisch spricht, an das Henkerregime des Schah abgeschoben werden soll, zu verstärken. Noch in der gleichen Woche wurden auf dem Arbeitertreff der Hoesch-Zelle in Dortmund zur Unterstützung dieses Kampfes 30 DM gesammelt.

30. JAHRESTAG DER BEFREIUNG ALBANIENS

Zur Zeit finden in vielen Städten der Bundesrepublik und in Westberlin Veranstaltungen anläßlich des 30. Jahrestags der Befreiung und des Triumphs der Volksrevolution in Albanien statt. Auf diesen Veranstaltungen wird mit einer Dia-Reihe über Albanien und zwei Filmen von Reisegruppen, die sich in Albanien aufhielten, ein anschauliches Bild vom Aufbau des Sozialismus in Albanien vermittelt. Gleichzeitig ist an diesen Orten eine Albanienausstellung zu besichtigen. Dieser bedeutende Tag auch für das westdeutsche Proletariat wird darüberhinaus über ein Extrablatt des ROTEN MORGEN mit dem Titel „30 Jahre Arbeiter- und Bauernmacht in Albanien" und über ein Plakat der KPD/ML propagiert.

ROTER MORGEN

HERAUSGEBER: ZK DER KPD/ML

Verlag G. Schubert, 46 Dortmund-Hörde, Postfach 526, Bestellungen an Vertrieb: 46 Dortmund-Hörde, Postfach 526, Postscheckkonto Dortmund Nr. 417 06-466, Bankkonto Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 393 (Verlag G. Schubert.) Tel. 0231/41 13 50. Verantwortlicher Redakteur: Gernot Schubert, Bochum. Druck: NAV GmbH, 1 Berlin 36, Erscheinungsweise: wöchentlich samstags. Einzelpreis: 50 Pfennig, Abonnement 25 DM für ein Jahr (52 Ausgaben) Das Abonnement ist für ein Jahr im Voraus durch Überweisung auf eines unserer obengenannten Konten zu zahlen. Abonnements verlängern sich automatisch, wenn sie nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt werden. Ausgenommen davon sind Geschenkabonnements.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

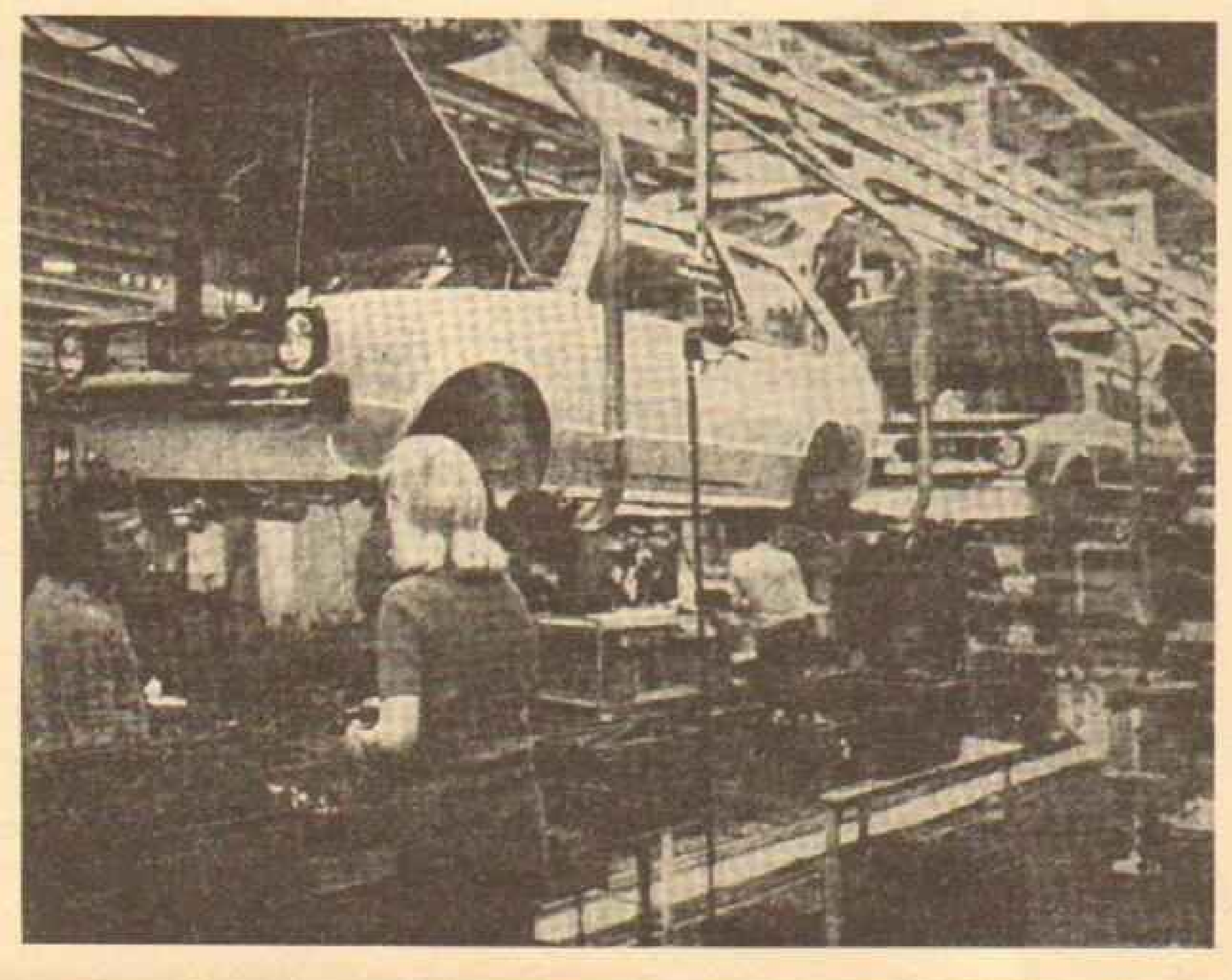
Kapitalisten drohen mit weiteren 80 000 Entlassungen!

Die IG-Metallführer haben ihre Forderungen für NRW, Hessen Hamburg und andere Regionalgebiete bekanntgegeben. Diese Forderungen, die zwischen 11 und 12% liegen, bedeuten schlicht und einfach Lohnraub. Da hilft es auch nichts, wenn die IGM-bonzen sich brüsten, daß sie damit über den Lohnempfehlungen der Regierung liegen und außerdem demagogisch darauf verweisen, daß die Metallarbeiter ja gerade jetzt im November 2 % mehr Lohn als Nachzahlung aus der letzten Tarifrunde bekommen.

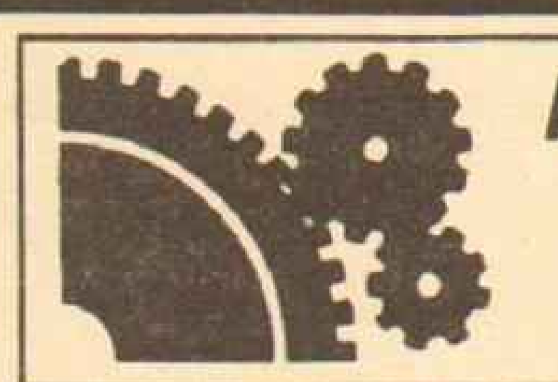
Rechtzeitig zur Tarifrunde hat auch der „Sachverständigenrat" der Regierung kundgetan, daß die Lohnforderungen der Arbeiter die Inflation noch weiter in die Höhe treiben würde. 6% mehr Lohn sei angemessen, heißt es. Schon 8,5% würden eine Preissteigerung von 6% zur Folge haben. Während der „Sachverständigenrat" mit der Inflation droht, versuchen die Kapitalisten die Arbeiter mit wachsenden Arbeitslosenzahlen einzuschüchtern. So Kirchner, Hauptgeschäftsführer von Gesamtmetall: wenn die Lohnforderungen von 11% durchgesetzt würden, dann müßten die Kapitalisten weitere 80 000 Arbeiter und Angestellte entlassen.

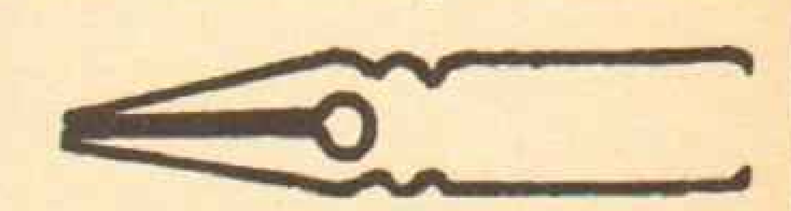
Man braucht weder ein „Weiser" zu sein, noch die Pläne der Kapitalisten für die nächsten Monate so genau zu kennen, wie der Hauptgeschäftsführer von Gesamtmetall, um zu wissen, daß die Inflationsrate tatsächlich mindestens 6% betragen, und die Metallkapitalisten tatsächlich ihren Entlassungsterror gegen die Arbeiter und Angestelltenverschärfen werden. Die weiteren Abfindungsaktionen bei Opel, schon bis ins Frühjahr des nächsten Jahres geplante Kurzarbeit für die Automobilbranche sprechen eine deutliche Sprache. Beide haben allerdings ihre Ursache nicht in den unmäßigen Lohnforderungen der Arbeiter, sondern sind ein Ergebnis der kapitalistischen Wirtschaft, die in Zeiten der Krise die Ausbeutung der Arbeiterklasse immens verschärft.

Bei der Durchsetzung dieser verschärften Ausbeutung gegen die Arbeiterklasse sind die DGB-Gewerkschaften mit ihren Lohnraubforderungen treue Handlanger der Kapitalisten. Es hat keinen anderen Sinn als dies zu verschleiern, wenn die Kapitalisten jetzt — wie schon gewohnt — Zeter und Mordio schreien über die Forderungen der IG Metall. Sie spielen ihnen damit den Ball zu, damit die IGM-Bonzen ihre Beteuerungen über die „stabilitätsgerechten" Forderungen auch noch als „antikapitalistisch" erscheinen lassen können. Dieses Schattenboxen zwischen Kapitalisten und IGM-Bonzen kann aber kaum noch jemanden darüber täuschen, daß beide auf derselben Seite der Barrikade stehen. — gegen die Arbeiterklasse. Niemand kann Interesse an der „Stabilität" der kapitalistischen Wirtschaft und an den Interessen der Arbeiter haben. Denn das bedeutet einzig und allein, den Kapitalisten die Sicherung von Maximalprofiten zu ermöglichen. Wenn die Metallarbeiter einen erneuten Lohnraub verhindern wollen, dann müssen sie sich zum Kampf Klasse gegen Klasse zusammenschließen, gegen das Kapital und gegen seinen IGM-Apparat.



Tausende Entlassungen bei Opel durch Abfindungsverträge, verschärfte Ausbeutung durch Umbesetzungen im Betrieb.





Arbeiterkorrespondenzen

Wegen Solidaritätsstreik von der Stadt gefeuert

Am 30. Oktober waren die Lehrlinge der Stadt Frankfurt für einen Tag in den Streik getreten. Sechs Arbeiter der Stadt, darunter drei Lehrlinge, sollten entlassen werden, weil sie sich an der Besetzung eines seit zwei Jahren leerstehenden Hauses beteiligt hatten (siehe auch RM Nr. 45). Mit ihnen waren 250 Jugendliche festgenommen und erkennungsdienstlich behandelt worden.

Der Streik dauerte nur einen Tag, weil SPD-Stadtrat Jäckel am Tag darauf mit massiven Drohungen wie fristlose Entlassung bzw. Auflösung der gesamten LAW Unsicherheit in die Reihen der Lehrlinge getragen hatte. Diese Unsicherheit machte sich besonders bei den Lehrlingen, die sich noch in der Probezeit befinden und jederzeit ohne Angabe von Gründen entlassen werden können, bemerkbar.

Wenige Tage darauf fand eine Jugendversammlung statt, auf der der Magistrat die Entscheidung über die Entlassungen bekanntgeben wollte. Jäckel selbst erschien und gab bekannt, daß die Kollegin Gisela J. (ehemalige Jugendvertreterin) entlassen sei. Die anderen beiden Lehrlinge wurden verwarnt.

Der Magistrat scheute sich nicht, zur Begründung von Giselas Entlassung mit Argumenten zu hantieren, deren Stichhaltigkeit, so Jäckel, nicht nachweisbar wäre. Außerdem verbreitete der Magistrat über die Presse die Lüge, Gisela sei am Tag ihrer Festnahme krankgeschrieben gewesen. Der Grund für dieses Manöver ist, daß Gisela dem Magistrat durch ihr entschiedenes Auftreten für die Interessen der Jugendlichen schon lange unbequem ist.

Als Gisela sich weigerte, die LAW zu verlassen, holte Jäckel die Polizei. Gewaltsam wurde Gisela aus der LAW gebracht.

Giselas fristlose Entlassung muß als Angriff des Magistrats gegenüber allen Beschäftigten der Stadt gesehen werden, die zur Durchsetzung ihrer Interessen schon mehrmals in den Streik getreten sind. Deshalb fürchtet der Magistrat besonders die vorwärtstreibende Rolle der fortschrittlichen und vor allem der kommunistischen Kollegen. Er hat Angst, daß sie um sich immer mehr Arbeiter sammeln, die bereit sind, für die sozialistische Revolution zu kämpfen.

Es ist ihm aber nicht gelungen, mit Giselas Entlassung die Lehrlinge und die anderen Beschäftigten der Stadt einzuschüchtern. Das zeigt auch ein Zitat aus einem Flugblatt der Lehrlinge nach der Entlassung ihrer Kollegin: ***„Wir müssen jetzt lernen, unseren Kampf wieder besser zu organisieren und geschlossener aufzutreten."***

Beiersdorf AG Hamburg: Politische Pflichtseminare zur "Auslese" der Lehrlinge

Anfang November führte die Beiersdorf AG ein politisches Pflichtseminar für Lehrlinge durch. Thema: „Soziale Marktwirtschaft oder sozialistische Planwirtschaft? Lohnt es sich, für die Bundesrepublik einzutreten? "

Bereits Mitte Oktober hatte ein Teil der Lehrlinge dieses Seminar absolvieren müssen: hauptsächlich Lehrlinge aus den letzten beiden Lehrjahren. Zwei Wochen nach diesem Seminar war der Termin, an dem die Geschäftsleitung ihre Entscheidung darüber bekanntgab, wer von den Lehrlingen fest eingestellt werden sollte. Von acht Chemielaboranten wurden sechs (!) gefeuert, ebenso ein Elektrolehrling.

Es liegt auf der Hand, daß dieses Seminar dazu beitragen sollte, den Beiersdorf-Kapitalisten die „Auslese" unter den Lehrlingen zu erleichtern. Deshalb verteilte die ROTE GARDE vor der Abfahrt zum zweiten Seminar ein Flugblatt, in dem die Ziele des Seminars entlarvt wurden.

Es wurde gezeigt, daß die Ausbildungsleitung von Beiersdorf mit diesem Seminar den Lehrlingen den Ausbeuterstaat Bundesrepublik Deutschland als „Demokratie" verkaufen will, daß sie den Sozialismus verleumden will, indem in diesem Seminar die DDR als Beispiel für ein sozialistisches Land hingestellt wird. Darüberhinaus dient es dazu, durch die Diskussionen fortschrittliche und kommunistische Kollegen herauszufinden, um dann entsprechend gegen sie vorgehen zu können. Aus diesen Gründen rief die ROTE GARDE zum Boykott des Seminars durch Nichtbeteiligung auf.

Als dann ein Lehrling zu Beginn des Seminars erklärte, er hoffe, daß keine Diskussion zustandekomme, da gab es betretene Gesichter bei der Seminarleitung. Mit psycologischen Tricks und direktem Zwang gelang es ihnen dann allerdings doch, die Lehrlinge in eine Diskussion zu verwickeln. Als z.B. niemand die „Unternehmer" oder den Staat bei der Mitbestimmungsdiskussion spielen wollte, wurden die Kollegen einfach abgezählt und eingeteilt. Trotzdem gerieten Ausbildungs- und Seminarleitung mehrmals ins Schwimmen. So zum Beispiel, als ein Lehrling die Demagogie über die „karitativen Aufgaben" der Bundeswehr entlarvte und forderte, daß man lieber darüber diskutieren solle, daß sie eine imperialistische Armee ist, daß sie als Teil der NATO auch dem Befehl der USA-Imperialisten untersteht, die zum Beispiel den Vietnamkrieg und den Putsch in Chile inszeniert haben. Er entlarvte dabei auch die Praktiken der Seminarleitung und erklärte, daß es gar nicht um eine echte Diskussion und Klärung von politischen Ansichten geht, sondern darum, die Kollegen zu provozieren, um sie umso besser aushorchen zu können. Bei den abendlichen Diskussionen zeigte sich, daß dieser Lehrling mit seinen Ansichten bei vielen Seminarteilnehmern auf Interesse und Sympathie stieß.

ÖTV-Tarifrunde

"Demokratisches Manöver" der ÖTV-Bonzen entlarvt!

Kurz bevor die Große Tarifkommission des ÖTV-Apparates die Forderung von 6 % und 50 DM beschloß, erschienen die Eilnachrichten der ÖTV mit der Schlagzeile: „Vorschläge zur Diskussion über unsere Forderungen". Der Anschein von Demokratie, der damit den Arbeitern und Angestellten im öffentlichen Dienst vorgegaukelt werden sollte, litt allerdings schon deshalb allein teilweise erheblich, daß wie z. B. im Allgemeinen Krankenhaus in Hamburg-Altona diese „demokratische Konsultation" erst nach dem Zusammentreten der Großen Tarifkommission stattfand.

Aber auch die ÖTV-Bonzen selber lassen keinen Zweifel daran, wonach sie ihre Forderungen, die nichts anderes bedeuten als Lohnraub, bestimmen. In den schon erwähnten Eilnachrichten heißt es zur Forderung: „Damit paßt sie durchaus in die stabilitätspolitische Landschaft". Auf Deutsch: Sie paßt zu der Maxime der Regierung und der ÖTV, in der wachsenden Krise die Ausbeutung gerade auch der Arbeiter und Angestellten im öffentlichen Dienst zu verschärfen.

Diese Lohnraubpolitik der imperialistischen Gewerkschaften stößt aber auf erheblichen Widerstand in der Mitgliedschaft. So heißt es z.B. in einem Leserbrief an die „Kämpfende Station", die Zeitung der KPD/ML für die Hamburger Krankenhäuser:

„Am 13.11.74 fand im AK-Barmbek in aller Eile eine Mitgliederversammlung der ÖTV statt. Einziger TOP: die „Diskussion über den Vorschlag der ÖTV-Bonzen zur Tarifrunde 75". Bei der Eröffnung schlug ein Kollege die 40 Stunden-Woche und die Einstellungssperre als TOP vor. Das ist von allen Kollegen begrüßend aufgenommen worden. Dann versuchte der ÖTV-Funktionär Herr Schmalbruch 1/2 Stunde lang, die Lohnraubforderung der ÖTV-Bonzen zu rechtfertigen. Die Kollegen unterbrachen die Rede und wiesen die Lohnraubforderung entschieden zurück. Sie stellten ihre eigene lineare Forderung auf. Bei einer Abstimmung stimmten 3/4 für die lineare Forderung und nur 1/4 für eine prozentuale Forderung, die auch höher lag als die Forderung der ÖTV-Bonzen. Dann wurde über eine Summe für die lineare Forderung diskutiert. Eine Kollegin bewies rechnerisch die ÖTV-Führer-Forderung als Lohnraub und stellte die 250 DM linear dem entgegen. Ein anderer Kollege erzählte, daß bei einer Familie, die zu zweit arbeiten, selbst von den 250 DM nichts bei dieser Teuerung, Inflation usw. übrigbleibt. Herr Schmalbruch versuchte, diese gerechte Forderung der Kollegen als unrealistisch zu verleumden. Aber die Kollegen wiesen die Verleumdungen Herrn Schmalbruchs zurück und stimmten mit 3/4 Mehrheit für die 250 DM. Nach dieser Abstimmung öffnete Herr Schmalbruch auch dem letzten Kollegen die Augen, denn er sagte: „Kollegen, seid bitte nicht enttäuscht, wenn eure Forderungen nicht von den ÖTV-Bonzen akzeptiert wird." Da schreibt eine ÖTV-Führung in ihrer Eilnachricht 4/74 „Jetzt haben die Mitglieder das Wort", und was geschieht? Es soll über ihre Köpfe hinweg abgestimmt werden. Die Kollegen werden die Rolle der Gewerkschaftsführung entlarven und kämpferisch ihre Forderungen durchsetzen. Die lineare Forderung ist nicht nur im AK-Barmbek von den Kollegen aufgestellt und zugestimmt worden, sondern auch im UKE Eilbek und in vielen anderen Betrieben."

Revisionistisches

BULGARIEN: WO SIND GEMÜSE UND RINDSLEDER HINGEKOMMEN?

In Bulgarien, das oft „Land der Gemüsegärten" genannt wird, also ein bekannter Gemüseproduzent, geschieht Seltsames. Die bulgarische Regierung muß ihre Devisen-Reserven angreifen, um Zwiebeln, Kartoffeln und Kohl, die „traditionellen Produkte" des Landes, einzuführen.

„Bulgarien, ein Land der Gemüsegärten seit alten Zeiten, muß Gemüse einführen!", sagte ein von einer Sofiaer Zeitung gebrachter Kommentar unter dem Titel „Probleme, Probleme..." Er fragte, „Wie kam es zu solch einer abnormalen Situation?"

Der Fall steht nicht alleine. Merkwürdige Dinge wie dieses ereigneten sich auch in der Mongolischen Volksrepublik, wo die Viehzucht der Hauptfaktor im Leben des Volkes ist. Ein Schuhmacher mußte einer langen Reihe Menschen, die auf die Schuhreparatur warteten, sagen: „Tut mir leid, ich habe kein Leder."

Das mongolische Volk kann nicht umhin zu fragen: Wie kann es in einem Land wie diesem, das so viele Herden hat, vorkommen, daß es sogar für die Reparatur von Schuhen an Leder mangelt? Wo ist das Rindsleder hingekommen?

Die Ereignisse in den beiden Ländern sind allerdings merkwürdig. Aber die Antwort ist leicht zu finden, wenn man sich in Erinnerung ruft, daß die beiden Länder Mitglieder des Rats für Gegenseitige Wirtschaftshilfe sind. Das bulgarische Gemüse und das Rindsleder aus der Mongolischen Volksrepublik sind beide zu den habgierigen internationalen Ausbeutern, den sowjetrevisionistischen Sozialimperialisten, gekarrt worden. Das ist das unvermeidliche Ergebnis der Ausplünderung der RGW-Mitglieder durch die Sowjetrevisionisten. Chruschtschow wie Breschnew haben beide diese Körperschaften als ein Instrument zur Ausbeutung und Ausplünderung ihrer „Verbündeten" benutzt. Im Namen der „internationalen Arbeitsteilung" und der „Spezialisierung der Produktion", haben sie Bulgarien in ihren hauseigenen Obst- und Gemüsegarten und die Mongolische Volksrepublik in ihre Viehfarm verwandelt. Sie haben die Wirtschaftsadern dieser Länder fest in der Hand und zwingen sie, die Sowjetunion mit einer großen Menge von Produkten zu versorgen.

Offizielle Ziffern des RGW zeigen, daß die Menge an Obst und Gemüse, die die Sowjetrevisionisten jährlich aus Bulgarien einführen, über 20mal größer als in den 50er Jahren ist. 58 Prozent des gesamten Gemüseexports Bulgariens geht in die Sowjetunion. Die Ausplünderung der Mongolischen Volksrepublik durch die Sowjetrevisionisten ist sogar noch haarsträubender. Das zeigt die Tatsache, daß die nach der Sowjetunion gelieferte Zahl der lebenden Tiere Dreiviertel der gesamten staatlichen Viehankäufe ausmacht. Fleisch und Schlachtvieh (in Fleischgewicht gerechnet), die 1972 in die Sowjetunion geliefert wurden, erreichten 40 000 Tonnen. Das heißt, daß das Volk der Mongolischen Volksrepublik pro Kopf etwa 30 Kilo Fleisch an die Sowjetunion liefern muß.

Lenin verurteilte heftig die alten Zaren, weil sie ihre Nachbarn unter Ausnutzung ihrer Privilegien nach dem Prinzip der Leibeigenschaft behandelten. Heute benutzen die neuen Zaren ihre Privilegien nicht nur gegenüber ihren Nachbarn, sondern auch gegenüber ihren „brüderlichen Verbündeten".

Die Tragödien im „Land der Gemüsegärten" und im Land der Viehzucht beweisen wieder einmal schlagend, daß der Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe weit davon entfernt ist, ein „Vorbild" der „wirtschaftlichen Zusammenarbeit" zu sein, wofür ihn die sowjetrevisionistische Propaganda auszugeben versucht, sondern ein Instrument der Sowjetrevisionisten ist, eine neokolonialistische Herrschaft auszuüben. Er bringt den Ländern Osteuropas und der Mongolischen Volksrepublik nicht etwa einen „Aufschwung" der nationalen Wirtschaft oder eine „Erhöhung" des Lebensstandards des Volkes. Was er ihnen bringt, ist nichts anderes als Unheil.

(Aus PEKING RUNDSCHAU Nr. 45/1974).

Westdeutsche Imperialisten empören sich über Island:

Wer sind die Seeräuber?

Immer wieder kommen ausländische Fischfangschiffe – oft ganze schwimmende Fabriken – in die Küstengewässer Islands, um alles, was ihnen in die Netze kommt, einzuholen und sich mit dem Fang davon zu machen.

Island setzt sich dagegen zur Wehr, indem es Marine zur Sicherung seiner beanspruchten Gewässer einsetzt. In der letzten Woche ertappte dabei die isländische Marine den westdeutschen Trawler Arcturus auf frischer Tat. Das Schiff wurde gezwungen in einen Hafen einzulaufen, der Kapitän wurde vor Gericht gestellt und zu einer Geldstrafe verurteilt.

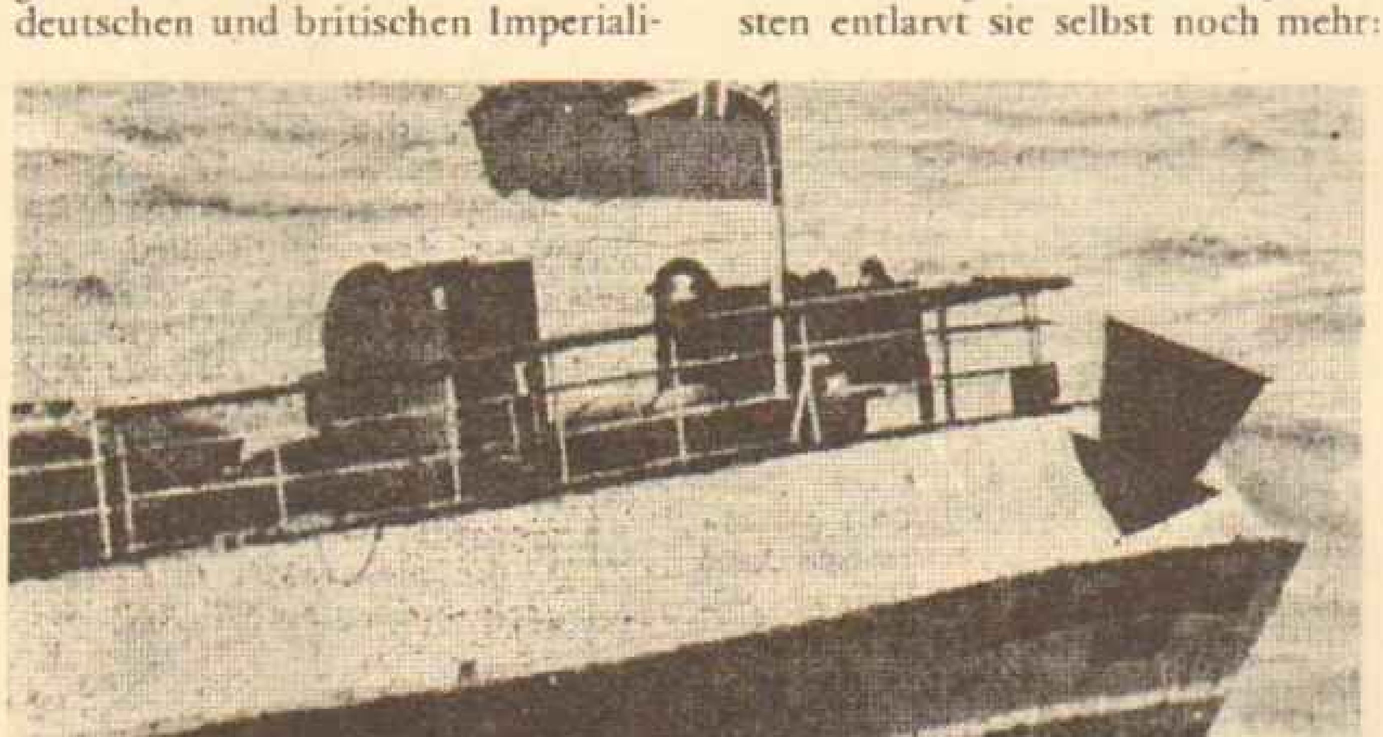
Die Regierung in Bonn bezeichnet das als „moderne Seeräuberei". Aber wer sind die Seeräuber?

Der Fischfang ist seit jeher für Island von großer Bedeutung. Das Land ist arm an Mineral- und Brennstoffquellen und besitzt weitgehend nur unfruchtbaren Boden. Der größte Teil der Güter zum Leben muß eingeführt werden und durch die Ausfuhr von Fischerzeugnissen finanziert werden, die nahezu 90 % des Gesamtexports ausmachen. Fast ein Fünftel des Bruttosozialproduktes stammt aus der Fischereiindustrie. Kurz: **Island ist auf die Fischbestände in seinen Gewässern unbedingt angewiesen.** Daher hat die isländische Regierung in den letzten 20 Jahren verschiedene umfassende Maßnahmen getroffen, um den Fischbestand zu pflegen und zu sichern. So wird in den verschiedenen Gebieten um die Insel nur während bestimmter Monate im Jahr gefischt.

Doch immer mehr dringen ausländische Flotten, insbesondere die der britischen und westdeutschen Imperialisten sowie auch die sowjetischen Sozialimperialisten, in die isländischen Fischfanggründe ein und richten die gehegten Bestände zugrunde. Sie, die in ihren Fanggebieten wie Ostsee, Nordsee, Barentsee usw. durch systematischen Raubbau sowie durch die Vergiftung dieser Meere durch Industrieabwässer, Öl usw. viele Fischarten bereits ausgerottet haben, kreuzen mit großen Trawlern und ganzen Verbänden auf, z. T. mit Fabrikschiffen, die gleich den Fang verarbeiten, und rauben die isländischen Bestände aus.

Großbritannien z. B. deckte 1971 einen Viertel seines Gesamtfanges in isländischen Gewässern und auch die westdeutsche Großfischerei holt sich dort einen Großteil ihres Fanges. So haben in der Zeit von 1958 bis 1970 ausländische Schiffe 48,4 % der um Island gefangenen Fische weggeschleppt, während die isländische Fischerei nur 51,6 % ihrer Fische für sich hatte.

Das macht alle Maßnahmen der isländischen Regierung zunichte, ihren Fischbestand, den Reichtum des Landes, zu erhalten und zu pflegen. Denn die Trawler der westdeutschen und britischen Imperialisten rauben den Bestand nicht nur aus, sondern hinterlassen auch noch ihre Ölrückstände, die sie in den Gewässern ablassen.



Britischer Trawler auf Raubfang in isländischen Gewässen. Zur Tarnung wurde der Name des Schiffes übermalt (siehe Pfeil).

Für die Fischbestände, für die isländische Fischerei und Wirtschaft hat das verheerende Folgen: Der Hering ist praktisch in den Gewässern um Island ausgerottet: Gab es 1966 noch 1,7 Mill. Tonnen Hering, so wurden 1971 nur noch 20 000 t gefangen. Kabeljau, älter als 10 Jahre, ist in den Fängen ebenfalls nicht mehr zu finden, während vor 15 bis 20 Jahren 15-jähriger Kabeljau durchgängig gefangen wurde und 17jähriger Kabeljau nichts ungewöhnliches war. Infolgedessen fiel z. B. in den Jahren 1967 und 1968 das Volkseinkommen um ca. 17 %. Jede weitere Überfischung des Gebietes würde die isländische Wirtschaft noch schwerer treffen.

Die isländische Regierung hat sich dagegen zur Wehr gesetzt und im Februar 1972 ihre Hoheitsgewässer auf 50 Meilen ausgedehnt und wegen der Gefahr der Überfischung allen ausländischen Fischfangflotten, darunter ausdrücklich denen der britischen und westdeutschen Imperialisten, untersagt, im isländischen 50 Meilen-Gebiet weiterhin zu fischen.

Und trotzdem dringen immer wieder britische und westdeutsche Trawler in isländische Gewässer ein, um dort zu stehlen. Wenn aber solche Schiffe von der isländischen Marine gestellt und ihre Kapitäne mit Geldstrafen belegt werden, ist das Geschrei in Bonn groß.

Die westdeutschen Imperialisten beharren wie auch die beiden Supermächte, USA und Sowjetunion, auf dem Standpunkt: Die See gehört keinem bzw. allen. Dieses Argument aber ist nur ein Vorwand für die Ausplünderung. Denn wenn es z. B. um die Bodenschätze auf dem Nordseegrund, wie Öl, Gas usw. geht, gehört das auch nicht allen, sondern dann bestehen die Imperialisten darauf, daß der Festlandsockel unter dem Meer die Grenzen darstellt. Aber das Wasser darüber soll plötzlich samt seinen Fischen usw. allen gehören? Ein weiteres Argument der Imperialisten entlarvt sie selbst noch mehr: Die Ausweitung der Territorialgewässer würde die „Freiheit der See" einschränken. Aber was ist das für eine Freiheit, wenn sie bedeutet, daß das isländische Volk seinen Hauptreichtum in seinen Gewässern verliert, die Imperialisten aber sich daran bereichern? Es ist die Freiheit der Imperialisten, andere Länder auszuplündern und zu berauben. Das ist ihr wirklicher Standpunkt.

Dagegen haben auf der letzten Seerechtskonferenz viele kleine Länder mit Unterstützung der VR China ihre Stimme erhoben und ihr Recht auf Ausweitung ihrer Territorialgewässer gegen die beiden räuberischen Supermächte und die anderen Imperialisten verteidigt.

„Moderne Seeräuberei" betreiben nicht die isländischen Behörden, die gegen die Ausplünderung der isländischen Fischbestände vorgehen, sondern die ausländischen Imperialisten, darunter die westdeutschen, die Island bestehlen, um dadurch Profite zu machen.

Spitzel Mühlrath blamiert sich

Fünfhundert Kilometer war der Herr Mülrath angereist, um beim Prozeß gegen die Genossen Ernst Aust und Gernot Schubert am 21. 11. in Hamburg (s. RM 47 u. 48) auszusagen. Der Herr kam vom Würzburger politischen Kommissariat, als Spitzel bekannt, der sogar das politische Kommissariat geleitet haben soll.

Er sollte der Anklage wegen „Verächtlichmachung der Bundesrepublik" als Zeuge eine weitere hinzufügen: „Vergehen gegen das Pressegesetz", „falsche Impressumsangaben" im ROTEN MORGEN.

Nicht ohne Stolz berichtete er, er habe Hinweise, daß damals der ROTE MORGEN nicht im Würzburger Schnelldruck hergestellt worden sei, wie im Impressum stand, sondern „vertraulichen Informationen" nach sei er in Essen gedruckt worden. Auf die Frage, was das denn für „vertrauliche Informationen" seien, erklärte Spitzel Mülrath geheimnisvoll: Sie stammten von einem Studenten, der Mitglied der Partei – mindestens aber regelmäßig auf Veranstaltungen der Partei erschienen sei. Der habe ihm auch noch ganz andere Informationen gegeben. Für den Hinweis mit der Druckerei habe er 20 Mark bekommen, mit den anderen Informationen zusammen 40 DM. Auch er, Mülrath, bekomme Geld für seine Auslagen, die er bei seinen Nachforschungen habe.

Allerdings wohl nicht mehr lange. Denn Mülrath war bei seinem „Studenten" offensichtlich selbst einem Betrüger aufgesessen: Denn beinahe jeder eingeweihte Staatsanwalt und Richter weiß von den Beschlagnahmungsbescheiden usw. aus der Zeit, daß der ROTE MORGEN damals in Würzburg gedruckt wurde. Der Richter ließ denn auch verärgert den von weither angereisten teuren „Zeugen" fallen. Zeigt das zum einen, daß der Apparat der Bourgeoisie nicht gerade immer die größten „Lichter" beschäftigt, so hat die Sache doch eine sehr ernste Seite: Es beweist, mit welch schmutzigen Methoden der Bestechung, Spitzelei usw. die Polizei ihre Ermittlungen gegen die Partei führt. Die noch so hinterhältigste Methode ist ihr gerade recht genug.

Gerade die Erfahrungen der letzten Woche, Hausdurchsuchungen, Bespitzelung von Genossen usw. warnen zur größten Wachsamkeit gegenüber der Bourgeoisie und ihrem Staatsapparat.

Vom Aufbau des Sozialismus

LEITENDE FUNKTIONÄRE BETEILIGEN SICH AN DER KÖRPERLICHEN ARBEIT

Eine große Zahl leitender Funktionäre aus Provinzverwaltungen, Stadtverwaltungen, den Verwaltungen der autonomen Regionen und zentraler Körperschaften gehen in diesen Tagen aufs Land und in die Fabriken, um Seite an Seite mit den Massen zu arbeiten. Im sozialistischen China ist die Teilnahme der Funktionäre an der körperlichen Arbeit ein festes System, an dem die Kommunistische Partei Chinas seit langem festhält. Eine der Richtlinien des Genossen Mao Tsetung, die jeder Funktionär im Gedächtnis hat, ist die folgende: *„Das System, nach dem die Funktionäre an der kollektiven Produktionsarbeit teilnehmen, muß unbedingt beibehalten werden. Die Funktionäre unserer Partei und unseres Staates sind gewöhnliche Arbeitsmenschen und keine Herren, die auf dem Rücken des Volkes reiten. Durch ihre Teilnahme an der kollektiven Produktionsarbeit unterhalten die Funktionäre maximal umfassende, kontinuierliche und enge Beziehungen zu den Werktätigen. Im System des Sozialismus ist das eine große Sache von grundlegender Bedeutung. Sie trägt dazu bei, den Bürokratismus zu überwinden und Revisionismus und Dogmatismus zu verhüten."*

Schon 1920, als in den Djinggang-Bergen das erste revolutionäre Stützpunktgebiet errichtet wurde, beteiligten sich die Funktionäre der Partei und der Roten Armee an der Produktionsarbeit. Seit dieser Zeit hat die KPCh an dieser Einrichtung stets festgehalten. Nach der Gründung der VR China wurde das System der Teilnahme der Funktionäre an der kollektiven Produktionsarbeit vervollkommnet und ausgebaut.

Während der Großen Proletarischen Kulturrevolution entfachte die Partei aufgrund einer Richtlinie Genossen Mao Tsetungs eine Massenbewegung unter den Funktionären zur Beteiligung an der kollektiven Produktionsarbeit. In dieser Zeit wurde eine große Zahl von „7. Mai-Kaderschulen" auf dem Land gegründet. Alte und junge Funktionäre gehen in diese Schulen, um an der Landarbeit teilzunehmen und in Verbindung mit ihr die Werke von Marx, Engels, Lenin, Stalin und Mao Tsetung zu studieren. Durch die Landarbeit und den Kontakt mit den ehemaligen armen und unteren Mittelbauern verbessern sie ihr proletarisches Denken und Fühlen und erhöhen ihre revolutionäre Tatkraft.

Daneben gibt es in jeder Fabrik, jeder Volkskommune, Verwaltungsstelle, Schule usw. besondere Methoden für die Teilnahme der Funktionäre an der körperlichen Arbeit.

Die leitenden Funktionäre einer Fabrik z. B. verbringen gewöhnlich einen Tag an der Drehbank. Die Abteilungsleiter arbeiten im großen und ganzen ständig an der Seite der anderen Arbeiter. Die Regierungsangestellten, Lehrer und Studenten gehen jeden Sommer und Herbst aufs Land, um den Bauern bei der Ernte zu helfen. Die Funktionäre auf dem Land verbringen ihre meiste Zeit gewöhnlich mit den Bauern bei der Landarbeit. Im Bezirk Hsijang, zu dem die vorbildliche Produktionsbrigade Dadschai gehört, arbeiten die Bezirks-, Kommune- und Brigadefunktionäre 100 bzw. 200 oder 300 Tage auf den Feldern.

In der gegenwärtigen Bewegung zur Kritik an Lin Biao und Konfuzius ist die Lage an allen Fronten der Revolution und der Produktion ausgezeichnet. Dadurch, daß die Funktionäre aufs Land und in die Betriebe gehen, um gemeinsam mit den Massen zu arbeiten, können sie noch engere Verbindungen zu den Arbeitern und Bauern halten.

"Killing is no murder"

Unsere Haltung zum Terrorismus

Die Hinrichtung Drenkmanns hat erneut bei vielen Menschen die Frage aufgeworfen, welche Haltung wir Kommunisten gegenüber Terroraktionen der RAF und ähnlicher Organisationen einnehmen. Einige Leser schrieben uns, daß sie nicht verstehen könnten, warum die KPD/ML die Drenkmann-Aktion nicht verurteilt und sich nicht nachdrücklich von ihr distanziert habe. Wir wollen darum noch einmal auf wesentliche Fragen eingehen, die die Haltung unserer Partei zu Organisationen, die gegenwärtig den Terror als wesentliches, ja hauptsächliches Mittel des politischen Kampfes propagieren und praktizieren, bestimmen.

„Wir sind der Auffassung, daß die Anarchisten richtige Feinde des Marxismus sind. Wir erkennen also auch an, daß man gegen richtige Feinde auch einen richtigen Kampf führen muß.' Einige Genossen verweisen auf dieses Zitat aus Stalins Schrift ‚Anarchismus oder Sozialismus' oder auf ähnliche Textstellen in den Schriften der Klassiker des Marxismus-Leninismus und äußern die Ansicht, die RAF und ähnliche Gruppen seien ihrem Wesen nach anarchistisch und müßten deshalb von uns als Feinde bekämpft und dürften nicht als revolutionäre Organisationen behandelt werden.

Diese Genossen haben völlig recht, daß es zwischen dem Anarchismus und dem Marxismus-Leninismus keinerlei Gemeinsamkeiten gibt. Sie haben auch in ihrer Forderung recht, daß der Anarchismus entschieden als Feind bekämpft werden muß. Sie haben sicherlich auch recht, wenn sie in der RAF und ähnlichen Gruppen gewisse anarchistische Tendenzen und Erscheinungen feststellen. Aber wir halten es nicht für richtig, diese Organisationen pauschal als anarchistisch zu bezeichnen.

Wir können hier nur kurz auf das Wesen des Anarchismus eingehen. Stalin schreibt: *‚Der Grundstein des Anarchismus ist die Persönlichkeit, deren Befreiung seiner Ansicht nach die Hauptbedingung für die Befreiung der Masse, des Kollektivs ist. Nach Ansicht des Anarchismus ist die Befreiung der Masse unmöglich, solange nicht die Persönlichkeit befreit ist, weshalb seine Losung lautet: ‚Alles für die Persönlichkeit'. Der Grundstein des Marxismus dagegen ist die Masse, deren Befreiung seiner Ansicht nach die Hauptbedingung für die Befreiung der Persönlichkeit ist. Das heißt, nach Ansicht des Marxismus ist die Befreiung der Persönlichkeit unmöglich, solange die Masse nicht befreit ist, weshalb seine Losung lautet: ‚Alles für die Masse'.*"(Bd.1 S.259)

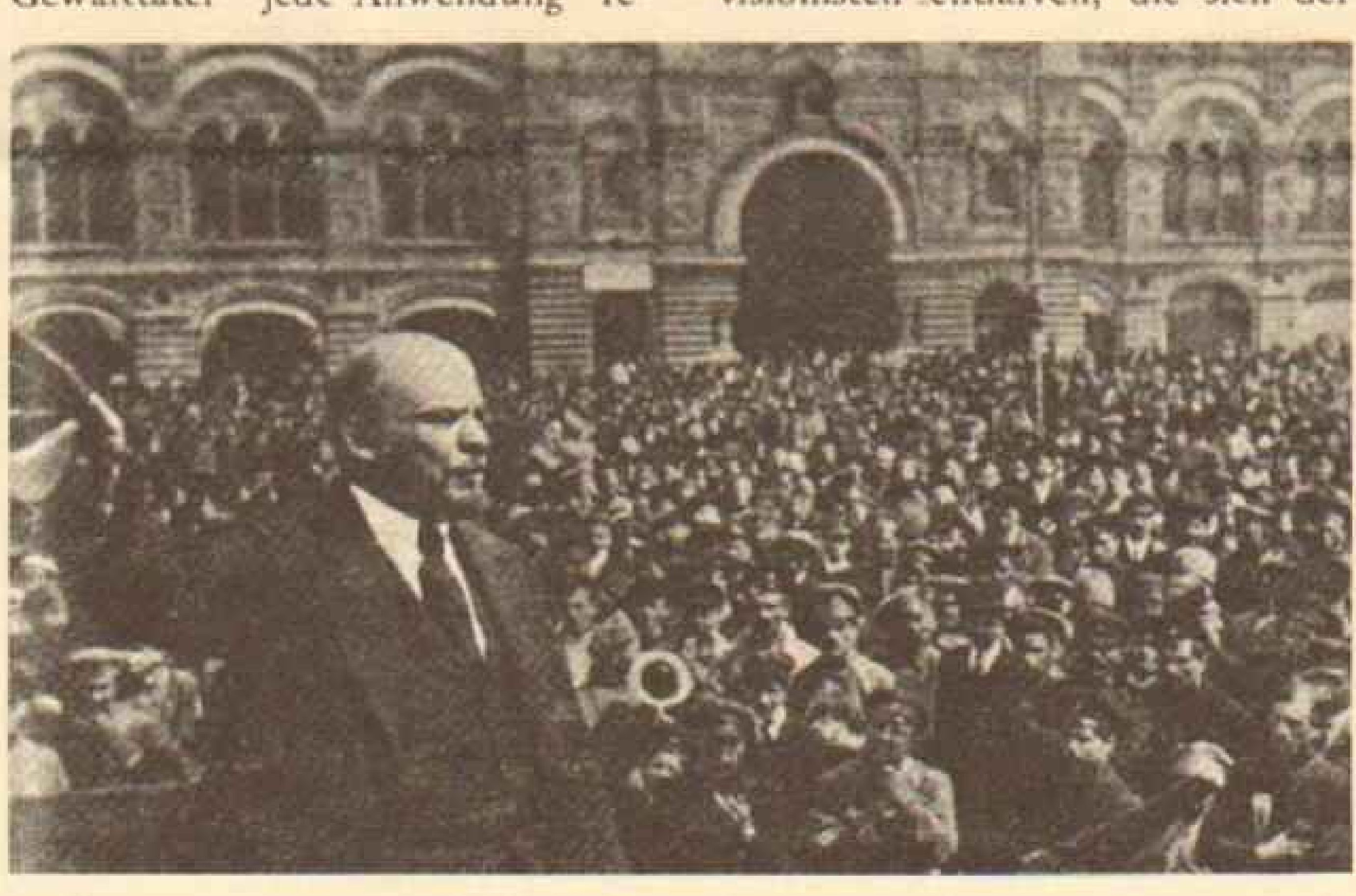
Wie der Anarchismus im Gegensatz zum Marxismus-Leninismus nicht vom Befreiungskampf der Arbeiterklasse und der anderen werktätigen Volksschichten ausgeht, stellt er sich auch den wesentlichen Kampfzielen der Arbeiterklasse entgegen: Der Marxismus-Leninismus sieht in dem Privatbesitz an den Produktionsmitteln die Ursache für die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen und strebt daher die Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln an, während der Anarchismus prinzipiell das Privateigentum an den Produktionsmitteln, besonders das kleinbürgerliche Privateigentum an den Produktionsmitteln, verteidigt. Der Marxismus-Leninismus sieht in jedem Staat den Machtapparat der herrschenden Klasse und strebt die Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates an, um die proletarische Staatsmacht, die Diktatur des Proletariats, zu verteidigen. Dagegen will der Anarchismus jeden Staat losgelöst von seinem Klassencharakter bekämpfen und hat sich in Worten und in Taten stets als geschworener Feind auch des proletarischen Staates erwiesen. Scheinbar stimmen Anarchismus und Marxismus-Leninismus in der Frage der Notwendigkeit der gewaltsamen Revolution überein, aber auch mit dieser oft angeführten „Übereinstimmung" ist es in Wirklichkeit nicht weit her. Während der Marxismus-Leninismus die Revolution als die gewaltsame, bewaffnete Erhebung der ausgebeuteten und unterdrückten Volksmassen, als den Sturz der herrschenden Klasse und die Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse sieht, versteht der Anarchismus darunter den „Aufstand der Individuen", dessen hauptsächliche Form eine Kette individueller Terrorakte ist, die mit dem Ziel verübt werden, den Staat zu zerstören, um das Individuum vom staatlichen Zwang zu befreien.

Bereits aus dieser kurzen Skizzierung wird deutlich, daß Anarchismus und Marxismus-Leninismus keine gemeinsamen Ziele haben, daß der Anarchismus eine dem marxismus-Leninismus feindliche Strömung ist. Überall, wo der Anarchismus in der Geschichte einen gewissen Einfluß gewonnen hat, hat er die revolutionäre Bewegung in heillose Verwirrung und Zersplitterung geführt und schwere Niederlagen verursacht, wenn er nicht direkt an der Seite der Bourgeoisie gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung gekämpft hat.

Wenn wir die Kernpunkte des Anarchismus mit den wenigen programmatischen Äußerungen der RAF vergleichen, so ist festzustellen, daß die RAF-Ideologie das „Voranstellen der Befreiung der Persönlichkeit" in der Tendenz beinhaltet, genauso wie die Tendenz, die Revolution als Kette terroristischer Akte losgelöst vom Kampf der Massen zu sehen. Andererseits aber gibt es die Äußerungen der RAF, in denen die Diktatur des Proletariats als Kampfziel angegeben wird und die in Worten wesentliche Teile des Marxismus-Leninismus anerkennen. Der Anarchismus wird unseres Wissens in keiner RAF-Veröffentlichung direkt propagiert. Natürlich ist die RAF weit davon entfernt, eine marxistisch-leninistische Organisation zu sein, aber sie ist eben auch keine anarchistische und bezieht gegenüber dem Marxismus-Leninismus im Gegensatz zum Anarchismus keine unversöhnlich feindliche Position.

Unserer Ansicht nach zeichnen sich die RAF und vor allem der Kreis ihrer Sympathisanten in ideologischer Hinsicht dadurch aus, daß sie verschiedene Strömungen in sich vereinigen. In der RAF und ihrem Umkreis gibt es natürlich erklärte Anarchisten, es gibt guevaristische und trotzkistische Tendenzen, aber es gibt eben auch Genossen, die eigentlich für den Marxismus-Leninismus eintreten und ehrlich gegen den Imperialismus kämpfen wollen, die aber aus einem falschen Verständnis des „antirevisionistischen Kampfes" heraus, dem ein falsches Verständnis vom Marxismus-Leninismus und vom modernen Revisionismus zugrunde liegt, in die Sackgasse des Terrorismus und Putschismus geraten sind.

Wer in dieser Situation lauthals „Anarchismus" brüllt, schafft nicht die geringste Klarheit, sondern leistet der Bourgeoisie und dem modernen Revisionismus Vorschub, die mit dem Schlachtruf „anarchistische Gewalttäter" jede Anwendung re-



W.I.Lenin, ein unermüdlicher Kämpfer gegen den Anarchismus: ‚Nur Massenbewegung kann als wirklicher politischer Kampf angesehen werden. Nur im direkten, unmittelbaren Zusammenhang mit der Massenbewegung kann und muß auch individuelles terroristisches Handeln von Nutzen sein."

volutionärer Gewalt und jedes Eintreten für die proletarische Revolution, den Marxismus-Leninismus und die marxistisch-leninistische Partei diffamieren wollen. **Es ist dabei wichtig, sich der Tatsache bewußt zu sein, daß der Verrat der modernen Revisionisten an der proletarischen Revolution eine entscheidende Ursache für die große ideologische Verwirrung der Studenten- und Intellektuellenbewegung ist, die gegenwärtig den wichtigsten Nährboden für terroristische und putschistische Tendenzen bildet.**

Als 1916 der österreichische Revolutionär Adler einen Minister erschoß, legte Lenin dar, welche Haltung Kommunisten gegenüber solchen Aktionen individuellen Terrors einnehmen: *„Was die politische Beurteilung der Tat betrifft, so bleiben wir natürlich bei unserer alten, durch jahrzehntelange Erfahrung bestätigten Überzeugung, daß individuelle, terroristische Attentate* ***unzweckmäßige*** *Mittel des politischen Kampfes sind.*

„Killing is no murder", schrieb unsere alte ‚Iskra' über Attentate, ***wir sind aber nicht gegen*** *politischen Mord (es ist einfach niederträchtig, was die Opportunisten,* ***Vorwärts*** *und Wiener* ***Arbeiterzeitung*** *in diesem Sinne Lakaienhaftes schreiben), aber als revolutionäre Taktik sind die individuellen Attentate unzweckmäßig und schädlich. Nur Massenbewegung kann als wirklicher politischer Kampf angesehen werden. Nur im direkten, unmittelbaren Zusammenhang mit der Massenbewegung kann und muß auch individuelles terroristisches Handeln von Nutzen sein(...)*

Adler würde viel mehr Nutzen der revolutionären Bewegung bringen, wenn er, ohne Spaltung zu fürchten, systematisch zu illegaler Propaganda und Agitation überginge. Es wäre sehr gut, wenn sich irgendeine linke Gruppe fände, die ein Flugblatt in Wien publiziert und darin den Arbeitern ihre Ansicht mitteilt: In schärfster Form das Lakaientum der Wiener ***Arbeiterzeitung*** *und des* ***Vorwärts*** *geißelt, Adlers Tat moralisch rechtfertigt (‚Killing is no murder"), aber als* ***Lehre*** *für die Arbeiter sagt: kein Terrorismus, aber systematische, ausdauernde, aufopfernde Arbeit der revolutionären Propaganda und Agitation, Demonstrationen usw. usw.* ***gegen*** *die lakaienhafte, opportunistische Partei,* ***gegen*** *die Imperialisten,* ***gegen*** *die eigene Regierung,* ***gegen*** *den Krieg – das ist nötig."*

Lenin stellt also drei Aufgaben: 1. den Verrat der Revisionisten geißeln, 2. die Tat moralisch rechtfertigen und 3. die Lehre für die Arbeiterklasse zu ziehen. Vor allem ist es also die Pflicht der Kommunisten, den Angriffen der modernen Revisionisten auf die revolutionäre Gewalt und die Idee der proletarischen Revolution entgegenzutreten; wir müssen die Versuche der D„K"P Revisionisten bekämpfen, die die über das Attentat entstandene Unklarheit und Verwirrung ausnutzen, um den Pazifismus in der Arbeiterklasse zu verbreiten und wir müssen die Lakaienhaltung der D„K"P-Revisionisten entlarven, die sich der Bourgeoisie mit „Recht- und Ordnungsparolen" für „höhere Aufgaben" empfehlen wollen. Dazu gehört aber auch, das jämmerliche Auftreten derjenigen zu entlarven, die sich zwar Marxisten-Leninisten nennen, aber nicht etwa der Revisionistenhetze entgegentreten, sondern in den Chor der revisionistischen Propaganda einfallen, über den „Mord" und „konterrevolutionären" Akt jammern.

Und wie läßt sich diese „Distanzierungssucht", wie sie GRF, „K"BW usw. an den Tag legen, eigentlich mit Lenins zweiter Forderung vereinbaren, die Tat moralisch zu rechtfertigen? Wir haben die Pflicht, vor der Arbeiterklasse klarzustellen, daß Mensch nicht gleich Mensch und Mord nicht gleich Mord ist, sondern daß diese Frage nur vom Klassenstandpunkt aus beantwortet werden kann. Wenn einer wie Drenkmann als hoher Funktionär des bürgerlichen Staatsapparates auf der Seite der Ausbeutung und Unterdrückung stand, wenn er seine Karriere mit der Unterdrückung und Erniedrigung des Volkes gemacht hat, dann ist es nicht die Sache der Arbeiterklasse und erst recht nicht die Sache der Kommunisten, auch nur einen Gedanken des Mitgefühls zu verschwenden, wenn er von einer aus berechtigtem Haß abgefeuerten Kugel ins Grab geschickt wird. Wer daran vor der Arbeiterklasse einen Zweifel läßt, hat den ersten Schritt auf dem Wege der „Klassenversöhnung" bereits getan, weil er das ‚Allgemeinmenschliche" in den Vordergrund stellt und den revolutionären, unversöhnlichen Klassenhaß indirekt verurteilt.

Die Tat moralisch zu rechtfertigen aber heißt eben nicht, den Terrorismus unter den gegebenen Bedingungen als politisches Kampfmittel zu rechtfertigen. Die Kommunistische Partei läßt sich von der Wissenschaft der Arbeiterklasse, dem Marxismus-Leninismus leiten. Sie gibt die Antwort auf die Frage, wie die Arbeiterklasse am schnellsten und mit den geringsten Opfern die Revolution durchführen und die Diktatur des Proletariats errichten kann. Die ganze Erfahrung der Arbeiterklasse lehrt, daß individuelle Terrorakte die Arbeiterklasse nicht nur keinen Schritt vorwärtsbringen, sondern den Fortschritt der Revolution sogar verzögern können. In einem Resolutionsentwurf zum II. Parteitag der SDAPR schreibt Lenin:

„Der Parteitag lehnt den Terror d.h. das System individueller politischer Morde als Mittel des Kampfes entschieden ab, da es ein gegenwärtig im höchsten Maße unzweckmäßiges Mittel ist, *das die besten Kräfte von der wichtigsten und dringend notwendigen Organisations- und Agitationsarbeit ablenkt, die Verbindung der Revolutionäre mit den Massen der revolutionären Bevölkerungsklassen zerstört und sowohl bei den Revolutionären selbst als auch bei der Bevölkerung im allgemeinen völlig verkehrte Vorstellungen von den Aufgaben und Methoden des Kampfes gegen die Selbstherrschaft weckt."* (Bd.6,S. 473)

Und genau aus diesem Grunde müssen auch wir die Ideologie des Terrorismus bekämpfen. Wir müssen der Arbeiterklasse sagen: nicht der Aufstand einiger Helden, nicht die Liquidierung einiger verhaßter Repräsentanten der Bourgeoisie, und ihres Staatsapparates stehen auf der Tagesordnung, das sind unzweckmäßige Mittel, die der Befreiung der Arbeiterklasse von Ausbeutung und Unterdrückung gegenwärtig keinen Nutzen bringen. Die Arbeiterklasse kann sich nur selbst befreien, wenn sie sich als Klasse in der sozialistischen Revolution erhebt, die Herrschaft der Kapitalistenklasse gewaltsam zerschlägt und die Herrschaft der Arbeiterklasse errichtet. **Um in diesem Kampf siegen zu können, braucht die Arbeiterklasse die entschlossene und sichere Führung durch die Kommunistische Partei, und der weitere Aufbau dieser Partei, der KPD/ML, ihre weitere Festigung und Verankerung ist gegenwärtig unsere Hauptaufgabe.** Die fortschrittlichsten der Arbeiterklasse müssen für den Kommunismus gewonnen und in der KPD/ML zusammengeschlossen werden. Auf diese Aufgabe müssen wir unsere Kräfte konzentrieren, statt sie in individuellen Terroraktionen, mögen sie auch noch so heldenmütig sein, zu vergeuden.

In den täglichen Kämpfen der Massen gegen Lohnraub, Teuerung, Arbeitslosigkeit und politische Unterdrückung muß die Partei aufgebaut und geschmiedet werden, muß die Einheit der Arbeiterklasse und des gesamten werktätigen Volkes im Kampf gegen den modernen Revisionismus und alle Einflüsse der bürgerlichen Ideologie auf der Grundlage des unversöhnlichen, revolutionären Klassenkampfes geschmiedet werden. Alle Kämpfe der Arbeiterklasse für ihre Tagesinteressen müssen genutzt werden, um in der Arbeiterklasse das Bewußtsein für die Notwendigkeit der gewaltsamen Revolution zu schaffen. **Das ist der einzige Weg, den Kapitalismus zu stürzen und den Sozialismus zu erkämpfen, und nur wer diesen Weg des Marxismus-Leninismus beschreitet, ist letztlich revolutionär.**

Offiziere der "Margitta" ermordeten heimtückisch blinden Passagier

Jeder ehrliche Seemann hasst dieses Pack!

Am 22. 11. endete vor dem Bremer Landgericht der Prozeß gegen den 1. Offizier Hartung und die beiden Unteroffiziere Eggers und Adler des Schiffes „Margitta". Diese drei hatten auf See einen blinden Passagier an Bord entdeckt, in eine Zelle bei Wasser und Brot gesteckt und ihn schließlich bei Nacht herausgeholt, mit einem eisernen Törnknüppel, mit Holzlatten und Fäusten erschlagen und über Bord geworfen.

Der Mord war bekannt geworden, als das Schiff in Hodeia, in der Arabischen Republik Jemen, vor Anker ging. Dort prangerte die Mannschaft die Offiziere an: *„Wir arbeiten nicht mit Mördern zusammen!"* Der Reeder des Schiffes, Jannsen, zog daraus seine Konsequenz: er entließ die Mannschaft sofort. Für die drei Offiziere, die Mörder, setzte er sich jedoch sofort ein. Er nahm Kontakt auf zu dem westdeutschen Botschafter Held in Hodeia. Der ließ seine guten Beziehungen spielen, um die drei Offiziere, die gefangen genommen waren, loszueisen – denn in der Arabischen Republik Jemen steht auf Mord die Todesstrafe. Das Mördertrio wurde bereits zwei Wochen später nach Westdeutschland geflogen.

In Bremen waren sofort teuerste Anwälte zur Hand, waren Gutachter beschafft, die allen dreien verminderte Zurechnungsfähigkeit „wegen Trunkenheit" zusprechen wollten, und den Mord als „dummen Ausrutscher" hinstellten.

Seeleute, die zu dem Prozeß gekommen waren, ihre Kollegen in den Häfen, die davon hörten, waren wütend: *„Diese Schweine, das sind keine Seeleute, die gehören nicht zu uns!"* Die meisten Seeleute kennen diese Offiziere wie Hartung, Eggers und Adler von ihren eigenen Schiffen, Menschenschinder, die sich als Offiziere besonders auf ausgeflaggten Schiffen (westdeutsche Schiffe unter ausländischer Flagge) anheuern lassen, um die Mannschaft – meist ausländische Seeleute – unter Druck zu halten, wobei ihnen jede Methode recht ist. Sie verkörpern die Unterdrückungsgewalt der Kapitalisten auf den schwimmenden Arbeitshäusern und sind jedem ehrlichen Seemann aus ganzem Herzen verhaßt.

Wollten die meisten Seeleute dieses Pack – noch dazu wo es sich um Mörder handelte – schwer bestraft sehen, so standen D„K"P-Revisionisten vor dem Bremer Kaufhaus Hertie und machten Reklame für mehr Privilegien der höheren Offiziersanwärter an den Seefahrtsschulen. Wie zur Verachtung der Seeleute standen sie dort in voller Montur: Reedereiuniform, Rangabzeichen – und auch die Goldknöpfe fehlten nicht. Und als Seeleute sie auf den Prozeß ansprachen, und ihre Empörung über die Vorgänge im Bremer Landgericht äußerten, brachten es diese Verräter sogar noch fertig, Entschuldigungen für die Mörder zu suchen: *„Die drei haben im Leben schon viel körperliche Arbeit geleistet – das darf man nicht einfach ausradieren!"* Allerdings radieren die Seeleute diese „körperliche Arbeit" nicht einfach aus – denn so mancher von ihnen hat diese „Arbeit" nur allzu schmerzhaft in Erinnerung.

Kommunistische Seeleute, Sympathisanten der KPD/ML brachten zu dem Prozeß ein Flugblatt ihrer Zeitung „Der Seemann" heraus, in dem sie die Zusammenarbeit von Reedern, Offizieren, Botschafter und Klassenjustiz aufdeckten und forderten: *„Nieder mit den Mördern im Bremer Landgericht!"*

Beim nächsten Prozeßtermin kamen die Seeleute, die zum Prozeß erschienen waren, aus dem Staunen und aus der Wut nicht mehr heraus: Das Gerichtsgebäude war von Polizei umstellt, beim Hineingehen wurden sie wie Häftlinge durchsucht, im Gerichtssaal schlichen ständig zivile Spitzel um sie herum. Waren sie etwa die Angeklagten? Seeleute, die sich gegen diese Behandlung auflehnten, wurden von den Polizisten geschlagen. Einen Tag später war die Empörung noch größer, als im Bremer Seemannsheim zivile Polizeitrupps erschienen, um Jagd auf die Verteiler der Flugblätter zu machen.

Die Bremer Justiz mußte schließlich der breiten Empörung über diesen widerlichen Mord Rechnung tragen: Der erste Offizier Hartung und der Unteroffizier Eggers wurden zu lebenslänglicher Gefängnishaft verurteilt – doch der Unteroffizier Adler bekam dennoch §51, verminderte Zurechnungsfähigkeit und nur vier Jahre Gefängnis. Und der Kapitän, der nicht einen Finger gerührt hatte, um die Mörder ihrer Strafe zuzuführen, kam gar nicht erst vor Gericht – ganz zu schweigen von dem Reeder Jannsen.

Für viele Seeleute, die beim Prozeß waren oder auch nur davon hörten, war das eine wichtige Sache. Sie haben anhand des Vorgehens der Klassenjustiz und der Polizei gegen ihre revolutionären Kollegen gesehen, daß hinter den „kleinen Lichtern", wie Hartung und Co., ein viel größerer Feind steht, der dieses Mordgesindel mit Samthandschuhen anfaßt und schont, wo er nur kann, einfache revolutionäre Seeleute aber verfolgt und behandelt wie Schwerverbrecher.

DER SEEMANN

KOMMUNISTISCHE ZEITUNG FÜR SEELEUTE

FLUGBLATT 4.11.1974

DEINE SCHARFE WAFFE – ROTER MORGEN

Spendet für das Zentralorgan der KPD/ML auf das Konto:

Verlag Gernot Schubert
PSchKto Dortmund
Nr. 417 06 – 466

Politische Prozesse sollen zur reinen Hetztribüne der Bourgeoisie werden!

„Das geltende Recht bietet keine Möglichkeit, das Verfahren gegen denjenigen weiterzuführen, dem es vor seiner Vernehmung zur Sache gelungen ist, sich in einen verhandlungsunfähigen Zustand zu versetzen. Diese Lücke soll der § 231a der StPO (Strafprozeßordnung) schließen. Er ermöglicht die Durchführung der Hauptverhandlung auch gegen den Angeklagten, der seine Verhandlungsunfähigkeit vor der Vernehmung zur Sache herbeiführt." So heißt es im Bulletin der Bundesregierung zu den Kabinettsbeschlüssen vom 27. November. „Bewußte Herbeiführung der Verhandlungsunfähigkeit" – das also ist jetzt die „offizielle Sprachregelung" für die Tatsache, daß politische Gefangene durch jahrelange Isolation gefoltert werden.

Dieses Verfahren ist nicht so neu: auf den Todesscheinen der in den KZ's Ermordeten wurde nicht selten „Selbstmord" als Todesursache angegeben. Eine ganze Reihe bekannter Mediziner und Psychologen hat erklärt, daß die Isolation zu schweren physischen und psychischen Schäden der Gefangenen führt und letztlich einen „Tod auf Raten" bedeutet. Angesichts dieser Tatsache wird der ganze Zynismus und die ungeheure Menschenverachtung des bürgerlichen Staatsapparates in der Formulierung „bewußt herbeigeführte Verhandlungsunfähigkeit" deutlich, zumal wenn man weiß, daß zur Zeit in einigen Gefängnissen neue „tote Trakts" zur Perfektionierung der Isolationsfolter bzw. der „bewußt herbeigeführten Verhandlungsunfähigkeit" gebaut werden. Und diese Sicht der Dinge wird auch nicht gerade dadurch widerlegt, daß Carstens offen dafür eintritt, die politischen Gefangenen doch einfach krepieren zu lassen.

Zur Zeit können laut Gesetz Strafverfahren nur dann ohne den Angeklagten durchgeführt werden, wenn dieser sich während der Hauptverhandlung entfernt hat. Wenn jetzt die juristische Grundlage dafür geschaffen wird, politische Prozesse von Anfang an ohne die Angeklagten durchzuführen, ist klar, worauf das in der weiteren Entwicklung hinauslaufen soll: gelingt es dem bürgerlichen Justizapparat, die Widerstandskraft der gefangenen Revolutionäre durch Isolationsfolter und Vernichtungshaft zu brechen, wird der Gefangene in der Verhandlung als Gescheiterter, als einer der aufgegeben oder abgeschworen hat, vorgeführt, wenn die revolutionäre Kampfentschlossenheit des Gefangenen aber nicht zu brechen ist, wird eben erklärt, er habe „bewußt seine Verhandlungsunfähigkeit herbeigeführt" und könne deshalb an der Verhandlung nicht teilnehmen.

Sicher werden diese Maßnahmen jetzt im Hinblick auf den großen Stuttgarter Prozeß gegen die RAF-Genossen beschleunigt durchgezogen. Auf diesen Zusammenhang ist auch die Demagogie der Bourgeoisie berechnet: natürlich ist der Hungerstreik der politischen Gefangenen eine bewußte Entscheidung der Genossen und die Bourgeoisie spekuliert darauf, daß diese Tatsache die Formulierung „bewußte Herbeiführung der Verhandlungsunfähigkeit" glaubhafter erscheinen läßt. Was auf den ersten Blick vielleicht plausibel erscheint, verrät in Wirklichkeit erst recht die zynische Eichmann-Gesinnung. Die politischen Gefangenen sind zwar bewußt in den Hungerstreik getreten, aber doch nicht um verhandlungsunfähig zu werden, sondern weil sie in dem Hungerstreik das einzige Kampfmittel gegen die bereits Jahre andauernde Isolationsfolter und Vernichtungshaft sehen. **Die Verhandlungsunfähigkeit der politischen Gefangenen ist eine direkte Folge der Fortsetzung von Isolationsfolter und Vernichtungshaft und ebensowenig „bewußt herbeigeführt" wie der Tod eines KZ-Häftlings am elektrischen Zaun bei einem Ausbruchsversuch.**

Was die Bourgeoisie ausschalten will, sind politische Prozesse, in denen die Angeklagten mutig ihre revolutionäre Gesinnung vertreten, die zum Tribunal gegen die bürgerliche Klassenjustiz und zur Plattform der revolutionären Propaganda werden. Denn solche Prozesse muß die Bourgeoisie fürchten. Die Erfahrungen der bisherigen politischen Prozesse haben gezeigt, daß mit jedem Prozeß die Front der Solidarität gegen den Terror der Kapitalistenjustiz größer wird.

In diesem Zusammenhang sind auch die „Gesetzesvorschläge zur Verhütung von Störungen in der Hauptverhandlung" zu sehen, in deren Kern die „Einräumung der Möglichkeit für das Gericht" steht, „nicht zur Sache gehörige Erklärungen zu unterbinden". **Damit soll verhindert werden, daß die angeklagten Genossen ihre revolutionäre Gesinnung vor Gericht verteidigen können, es soll dem Gericht erleichtert werden, sie als normale „Kriminelle" abzuurteilen.** Sozusagen als „flankierende Maßnahmen" soll die „Befugnis des Gerichts", den Angeklagten wegen „ordnungswidrigem Benehmen aus dem Sitzungssaal zu entfernen verdeutlicht" werden, es soll zukünftig die Möglichkeit geben, den Beschluß über den Ausschluß der Öffentlichkeit unter Ausschluß der Öffentlichkeit zu verkünden, es soll das „Höchstmaß der Ordnungshaft" von drei Tagen auf eine Woche und des „Ordnungsgeldes" von 1 000 DM auf 2 000 DM heraufgesetzt werden.

Diese Maßnahmen steuern insgesamt darauf hin, die politischen Prozesse zu reinen Schauprozessen zu machen, in denen den Angeklagten jede Möglichkeit der effektiven Verteidigung genommen wird. Dabei ist die sogenannte „Einschränkung des Verteidigerverkehrs" von besonderer Bedeutung. Danach soll es künftig möglich sein, die Gespräche zwischen dem Gefangenen und seinem Anwalt durch einen Richter bespitzeln zu lassen und zwar, „wenn der Verkehr zu einer erheblichen Störung der Ordnung der Vollzugsanstalt benutzt wird". Was aber vom Justizapparat alles als „Störung der Ordnung der Vollzugsanstalt" gewertet wird, wird daran deutlich, daß bereits die Aushändigung des ROTEN MORGEN an Gefangene mit der Begründung abgelehnt wird, der Inhalt des ROTEN MORGEN stelle die Gefahr einer „erheblichen Störung der Ordnung der Vollzugsanstalt" dar. Es ist völlig klar, daß damit jede solidarische Verteidigung des Angeklagten durch seinen Anwalt unmöglich gemacht werden soll. **Die Anwälte sollen, statt Verteidiger des Angeklagten zu sein, zu einem zusätzlichen Agenten des imperialistischen Staatsapparates gegen den Angeklagten werden, wie es auch im Hitlerfaschismus der Fall war.**

Foltermethoden in den Gefängnissen, Verhandlungen ohne den Angeklagten – und wird der Angeklagte nicht von Anfang an von der Verhandlung ausgeschlossen, weil er „bewußt Verhandlungsunfähigkeit herbeigeführt" hat, kann jedes Wort zur Verteidigung seiner revolutionären Gesinnung zu seinem Ausschluß führen – die Verteidiger im Sinne des bürgerlichen Justizapparates gleichgeschaltet: so soll die „offensive Verteidigung des Rechtsstaates" im Bereich der bürgerlichen Klassenjustiz aussehen.

Diese Schritte zur weiteren Faschisierung des imperialistischen Staatsapparates werden von der Bundesregierung als „gesetzgeberische Maßnahmen zur Bekämpfung von Gewalttaten" bezeichnet. Der ebenfalls am 27. November vom Bundeskabinett beschlossene „Entwurf eines 13. Strafrechtsänderungsgesetzes" macht deutlich, daß es dem imperialistischen Staat um die Bekämpfung der revolutionären Gewalt geht. In Abänderung einer ganzen Reihe von Paragraphen wird vor allem die „Befürwortung schwerer Gewalttaten und die Anleitung zu solchen Taten" verschärft unter Strafe gestellt. Dadurch sollen die „Lücken im geltenden Recht, die sich in der Praxis" der Bekämpfung der revolutionären Bewegung gezeigt haben, „geschlossen werden".

Natürlich ist es auch nach den geltenden Gesetzen verboten, Bomben zu legen oder dergleichen zu „befürworten" oder gar „anzuleiten". Aber um einzelne Attentate und Anschläge geht es der Bourgeoisie – im Widerspruch zu ihrer offiziellen „Antiterrorismus"-Hetze – in Wirklichkeit gar nicht in erster Linie. Ihr geht es darum, die Propagierung der proletarischen Revolution, die Kommunistische Partei als die revolutionäre Vorhut der Arbeiterklasse und den Marxismus-Leninismus als die Wissenschaft der proletarischen Revolution zu verbieten und zu verfolgen. Ginge sie aber nun her, verböte die Propagierung des Marxismus-Leninismus und die KPD/ML als die marxistisch-leninistische Partei, stünde sie vor dem Dilemma, eingestehen zu müssen, daß die D„K"P keine marxistisch-leninistische Partei ist. Damit würden die Massen noch schneller erkennen, wer die Kommunistische Partei, ihre proletarische Vorhut ist, die allein ihre Interessen vertritt und wer sie verrät und betrügt. Damit aber bestünde die Gefahr, daß die Bourgeoisie ihr 1968 aus der Taufe gehobenes antikommunistisches Hätschelkind selbst als ihre Agentur in der Arbeiterbewegung, die die Aufgabe hat, die Massen vom revolutionären Kampf abzuhalten, enttarnen würde. **Hier liegt für die Bourgeoisie die echte „Gesetzeslücke".**

Darum strebt sie es an, die Frage der gewaltsamen Revolution, die die Grundfrage des Marxismus-Leninismus ist, zum hauptsächlichen Gegenstand ihrer Verfolgungsmaßnahmen und Verbotsvorbereitungen gegen die Kommunistische Partei zu machen, um es gleichzeitig ihrer Agentur D„K"P zu ermöglichen, die Ideologie des „friedlichen, parlamentarischen Weges zum Sozialismus" als Marxismus-Leninismus auszugeben.

Universität Münster: Weg mit allen Lehrbüchern, die Foltermethoden anpreisen!

Am Psychologischen Institut der Universität Münster wird als grundlegende Lektüre in der Klinischen Abteilung das Lehrbuch „Einführung in die Verhaltenstherapie" verwendet. Dieses Buch, das als Ergebnis „wertfreier Wissenschaft" propagiert wird, stößt bei fortschrittlichen Studenten schon seit längerer Zeit auf Protest, da es die Studenten in nichts anderem unterweist als in wissenschaftlich ausgeklügelten Methoden der Unterdrückung bis hin zur Folter.

„*Zur Kontrolle des menschlichen Verhaltens haben sich u. a. Lärm und E.- (Elektro-) Schocks bewährt.*" Heißt es zum Beispiel in diesem Buch. „Beeinflussung des menschlichen Verhaltens durch Lärm" wurde zum Beispiel 1970 im Norden Irlands von Spezialeinheiten britischer Truppen gegen Mitglieder der IRA angewandt. Sie wurden unter anderem in ihrer Zelle einem ununterbrochenen ohrenbetäubenden Geräusch ausgesetzt. Mit grellen Lauten, die über Lautsprecher in die Zellen drangen, versuchte der Bundesgrenzschutz bei einer Übung im Jahre 1964 Foltermethoden auszuprobieren.

„Bewährt" hat sich nach diesem Lehrbuch auch eine andere Methode, die der Elektroschocks. „*Diese Methode*", heißt es, „*hat den Vorteil, daß die Reizgebung genau kontrolliert werden kann: präzise Intensität, genau bemessene Dauer des Schocks. (...) Erfahrungen mit dieser Methode haben gezeigt, daß die Schockstärken wohl ziemlich hoch sein müssen, um die gewünschte Wirkung zu erzielen. Auch sollte ein Anwachsen von milden zu starken Schocks vermieden werden, da hierdurch vielleicht Gewöhnungseffekte entstehen.*"

Eine Verfeinerung der „normalen" E-Schock-Behandlung ist der Einsatz von Luftströmen oder auch E-Schocks, um unbewußte und organismusverhaftete Reaktionen hervorzurufen. Das gleiche Ziel wird mit dem sogenannten „Time-out" angestrebt. Dazu wird in dem Lehrbuch ausgeführt, wie erfolgreich jugendliche Straffällige „zur Ordnung" getrieben wurden, indem sie eine Zeitlang in einen 1,20 x 2,40 m großen Raum gesperrt wurden. Weiter heißt es dazu in dem Lehrbuch: „*Gewöhnliche soziale Bestrafungen wie Mißbilligung, Haft, Isolation, Kritik können als „Time-out" betrachtet werden und als aversive Stimuli* (bestrafende Reize) *benutzt werden.*"

Dazu heißt es in einem Flugblatt des KSB/ML Münster:

„*So reibt sich in dem Abschnitt ‚Aversionstherapie' eine Grausamkeit an die andere und das alles unter dem Deckmantel der wertfreien Wissenschaft! In Wirklichkeit ist diese Wissenschaft ein Unterdrückungsinstrument der Bourgeoisie. Wie auch für viele andere gesellschaftliche Bereiche liefert die Psychologie hier die raffinierten, „feinen" Methoden, um den Widerstand gegen dieses kapitalistische System zu brechen und schon im Keim zu ersticken. Der imperialistische Staat richtet deshalb besondere Forschungsbereiche ein. So z. B. in Hamburg-Eppendorf den Sonderforschungsbereich 115, der von der DFG (Deutsche Forschungsgemeinschaft) getragen wird. Dort wird in Zusammenarbeit mit Psychologen unter strenger Geheimhaltung die Wirkung von absolutem Reizentzug (sprich Isolationsfolter) geprüft. Die Aversionstheorie bildet die theoretische Grundlage für diese Foltermethoden.*"

Mit diesem Flugblatt, das den wahren Zweck des Lehrbuches entlarvte, trat der KSB/ML Münster auf einer Psychologenvollversammlung auf. Gleichzeitig wurde eine Resolution vorgetragen, in der die Lehre von der Folter entlarvt und gezeigt wurde, daß diese Foltermethoden im Moment von der Bourgeoisie eingesetzt werden, um die politischen Gefangenen der RAF psychisch und physisch zu vernichten. Die Genossen forderten: ***„Weg mit dem Lehrbuch ‚Einführung in die Verhaltenstherapie' und allen Büchern, in denen Folter gelehrt wird!" „Schluß mit Isolationsfolter und Vernichtungshaft!" „Solidarität mit dem Hungerstreik der RAF!"***

Als die Revisionisten sahen, wie groß die Empörung über dieses Buch war, wagten sie nicht, sich offen dagegen zu stellen, sondern machten einen „Kompromißvorschlag": das Buch sollte nicht verschwinden, sondern stattdessen sollte in jedes Buch ein Zettel eingelegt werden, der die Folterforschung kritisiert. Worauf eine Genossin meinte: „*Wir verbreiten ja auch nicht Goebbels mit Zettel!*"

Bei der Abstimmung über die Resolution stimmten 15 Anwesende für die Resolution des KSB/ML und 19 dagegen bei sehr vielen Enthaltungen. Sobald die Resolution des KSB/ML per Abstimmung abgelehnt worden war, verloren übrigens auch die Revisionisten sofort das Interesse an ihrem Zettelvorschlag. Hier zeigte sich offen, daß sie ihn nur gemacht hatten, um den Kampf gegen dieses Lehrbuch zu sabotieren. Der Kampf des KSB/ML wird allerdings mit dieser Abstimmung noch nicht beendet sein. Die Genossen schreiben:

„***Wir werden diese Resolution in die Seminare tragen. Es gibt genug Studenten, die ehrlich empört sind über Foltermethoden.***"

Rote Hilfe tut not!

Korrespondenz. Kurz nach der Ermordung des Genossen Holger Meins war ich in unserer Straße in Hamburg einkaufen. Vor mir waren zwei ältere Frauen zwischen 50 und 60 an der Reihe. Ich fing einige Gesprächsfetzen auf, wie „erschossen". Dann fiel der Name unseres ermordeten Genossen Günter Routhier. Ich hörte nun genauer hin und nahm dann auch an dem Gespräch teil. Die eine Frau erzählte der anderen, was sie von dem Mord an Günter wußte, war sehr empört und meinte, daß das genauso jetzt mit dem Mord an Holger Meins sei. Ich berichtete ihnen über die große Solidarität beim Mord an Genossen Günter und jetzt mit dem Kampf der politischen Gefangenen. Die eine Frau erzählte mir, daß ihr Vater in der alten ROTEN HILFE DEUTSCHLANDS war, sie war ganz froh, daß es heute wieder eine ROTE HILFE gibt: „die tut not!" Beide wünschten mir, unserer Partei, der KPD/ML und der ROTEN HILFE viel Erfolg und Kampfeskraft.

Dieses Erlebnis hat mich ungeheuer angespornt, zeigt es doch, welche Unterstützung wir bei den Massen haben. Zeigt es doch, daß Günter Routhier, sein Kampf, und sein Tod ist unter den Massen nicht vergessen, genauso wenig wie der Kampf, den die Partei geführt hat.



Die ROTE HILFE demonstriert am 16. 11. 1974 in Dortmund gegen die Ermordung von Genossen Holger Meins

Weg mit der Isolationsfolter!

Auf einer Studentenversammlung des Fachbereichs Humanmedizin der Universität Gießen wurde auf Antrag des KSB/ML mehrheitlich eine Resolution gegen die Ermordung des Genossen Holger Meins und gegen die Isolierhaft verabschiedet. Darin heißt es unter anderem:

„Holger Meins starb am Samstag, den 9. 11. 74, im Hungerstreik gegen die Vernichtung der politischen Gefangenen durch die Isolationsfolter. Als Medizinstudenten verurteilen wir besonders, daß sich Ärzte für die Überwachung eines geplanten Justizmordes zur Verfügung stellen. Wir fordern ebenfalls mit den sich im Hungerstreik befindlichen politischen Gefangenen:
Weg mit der Isolierhaft! Freiheit für alle politischen Gefangen!"

Eine weitere Solidaritätserklärung gegen die Isolationsfolter erreichte uns aus der Haftanstalt Tegel in Westberlin, unterzeichnet von 22 Inhaftierten. Darin heißt es unter anderem:

„Der Tod von Holger Meins zwingt uns, neuerlich gegen die Foltermethoden an den politisch Inhaftierten auf das Schärfste zu protestieren. (...) Wir üben keine falsche Solidarität, wenn wir den Tod von Holger Meins als Mord der Klassenjustiz, bedingt durch die jahrelange Isolationsfolter, bezeichnen. Wir gehen wohl nicht fehl in unserer Annahme, daß dieser „Rechtsstaat" sich weiterhin hinter „legalen" Mitteln verschanzt und fortschrittliche Kräfte unter dem Deckmantel der Rechtmäßigkeit ermordet..."

Schüsse auf Westberliner Parteibüro

Am Morgen des 29. 11. 1974 um 6.30 Uhr wurden 3 Schüsse auf das Parteibüro der KPD/ML in Westberlin abgegeben. Sie durchschlugen Rolläden und Fensterscheiben des Parteibüros. Dies ist bereits der zweite bewaffnete Anschlag auf das Büro der KPD/ML in Westberlin innerhalb von wenigen Wochen. Besonders bei diesem zweiten Anschlag – der erste geschah während der Nacht – liegt auf der Hand, daß bewußt mindestens die Verletzung von Menschen in Kauf genommen wurde.

Auch bei diesem zweiten Anschlag gibt es trotz der großen Bereitschaft der Anwohner, die Genossen zu unterstützen, keine konkreten Hinweise auf die Verbrecher. Es wäre aber naiv zu glauben, daß es sich hier um zufällige Schießereien handelt. Denn der Boden, auf dem diese Saat gedeihen konnte, wurde bewußt und systematisch bereitet. Nach der Hinrichtung des Richters Drenkmann verging kein Tag, an dem nicht Vertreter des Staates – von Politikern bis zu Polizisten –, Vertreter des DGB-Apparates, der modernen Revisionisten der „S"EW/D„K"P und allen voran faschistische Organisationen gegen die „Linksradikalen", gegen „Terroristen" usw. gehetzt hätten. Die brutalen Polizeieinsätze bei den Demonstrationen anläßlich der Ermordung des Genossen Holger Meins und der Terror bei der bundesweiten Razzia, die sich auch auf Westberlin erstreckte, wurden von der bürgerlichen Presse breit propagiert als die richtige Art und Weise, wie man die Aufrufe zur „Verteidigung des Rechtsstaates" zu verstehen habe.

Hier nur einige Beispiele aus der Springer-Presse:

„Bild" am 11. 11. 74: „Attentat! Berlins höchster Richter ermordet!" – „Zerstörungsmarsch der Radikalen durch Berlins City!" „Bild" am 12. 11. 74: „Seine Mörder reisen zum nächsten Opfer!" – „Straßenschlacht und Plündereien auf dem Berliner Kurfürstendamm!" – Und die „Berliner Zeitung" am selben Tag: „Richter-Mord: Die Anschläge gefährden das Leben aller Bürger!" Unter diesem Titel des „BZ"-Kommentars wird dann aus Stellungnahmen verschiedener Politiker und Organisationen zitiert: „Hier gibt es kein Ausweichen. Denn: Wenn wir mit diesen Mord-Banditen nicht fertig werden, dann kann die Demokratie einpakken!" Oder: „Weder den Toten noch den Berlinern helfen jetzt die starken Worte von Bürgermeister und Senat – ihre schwachen Taten haben die Ausbreitung des Radikalismus begünstigt." Auf diesem Hintergrund ist dann nicht schwer zu erraten, welche Vorstellungen die „Bild"-Zeitung wecken will, wenn ihre Schlagzeile am 14. 11. 74 heißt: „Steuerzahler blechen für die Baader-Meinhof-Bande – Hungerstreik kostet 500 000 DM."

Am 21. 11. 74 „berichtet" die „BZ" dann vom „ersten Opfer der Radikalen" aus dem Volk: der Feinmechaniker Heinz Stieben sei von Messerstechern überfallen und lebensgefährlich verletzt worden. Es bestehe der Verdacht, daß eine „linksradikale Gruppe für das Verbrechen verantwortlich ist". Andere Zeitungen nennen den Namen der Organisation „KPD/ML". Wir haben bereits im letzten ROTEN MORGEN entlarvt, daß es sich hierbei um einen schon länger inszenierten Versuch handelt, aus dem kriminellen Element Heinz Stieben ein „Opfer der KPD/ML" zu konstruieren.

Diese wenigen Kostproben allein aus den Westberliner Zeitungen zeigen, daß die Bourgeoisie hier bewußt eine Progromhetze gegen Revolutionäre und Kommunisten entfaltet, die sich notwendigerweise auch in Anschlägen wie jetzt gegen das Westberliner Parteibüro äußern muß.

KAMPF DER BÜRGERLICHEN KLASSENJUSTIZ!

FRANKFURT:

Der frühere SS-Oberscharführer Alois Frey, während der Zeit des Hitlerfaschismus in Auschwitz Kommandoführer und verantwortlich für die Ermordung von vielen politischen Gefangenen, wurde jetzt in Frankfurt nach 11-monatiger Prozeßdauer freigesprochen. Begründung des Gerichts: die Zeugenaussagen seien nach mehr als 30 Jahren nicht mehr glaubwürdig. Um mit dieser Begründung einen faschistischen Massenmörder freisprechen zu können, hatte die bürgerliche Klassenjustiz keinen Aufwand gescheut. So war das gesamte Gericht vor einiger Zeit nach Israel gereist, um dort die „Glaubwürdigkeit" des Hauptbelastungszeugen zu prüfen.

WESTBERLIN:

Am 7. 11. 74 wurde in Westberlin ein Prozeß wieder aufgenommen gegen einen Genossen, der im Frühjahr 73 einen Kleber der KPD/ML zum 1. Mai in der U-Bahn geklebt haben soll. Der Genosse war zunächst mit einem Strafbefehl wegen „Körperverletzung" eines BVG-Ordners und wegen „Sachbeschädigung" zu 250 DM verurteilt worden. Als es deswegen vor einiger Zeit zum Prozeß kam, hatte der Staatsanwalt – sich vorher die Robe ausziehend – fluchtartig den Gerichtssaal verlassen, als der Genosse politisch zu der Anklage Stellung nahm. Deshalb war der Prozeß geplatzt. Der Richter erhielt eine Rüge, weil er die politische Erklärung des Genossen zugelassen hatte. Jetzt, bei der Wiederaufnahme des Prozesses, bastelte sich die bürgerliche Klassenjustiz mit Hilfe eines neuen Nebenklägers, des Landes Berlin, einen neuen Anklagepunkt und verurteilte den Genossen wegen „Hausfriedensbruch" zu 500 DM Geldstrafe.

DORTMUND:

Genosse Karl Klingemann, Kandidat der KPD/ML bei den Bürgerschaftswahlen in Hamburg, erhielt jetzt einen Strafbefehl über 500 DM mit der Begründung, bei „öffentlichen Versammlungen und Aufzügen Waffen bei sich geführt zu haben, ohne zum Erscheinen mit Waffen behördlich ermächtigt gewesen zu sein". Diese angeblichen „Waffen" waren die von einer einschlägigen Firma mitgelieferten Fahnenstangen zu den Parteifahnen, die auf der Beerdigung des Genossen Günter Routhier getragen werden sollten.

BIELEFELD:

Einen Strafbefehl über 900 DM erhielt Genosse Hartmut B. aus Bielefeld, weil er am 18. 6., dem Todestag unseres Genossen Günter Routhier, das später beschlagnahmte Flugblatt mit der Überschrift „Das ist brutaler, barbarischer, heimtückischer Mord!" verteilte.

MANNHEIM:

Die Staatsanwaltschaft Mannheim hat angekündigt, daß gegen die Jugendlichen, die Augenzeugen des Polizeimords an dem Arbeiter Hans-Jürgen Remiszko waren, Anklage erhoben werden soll wegen Landfriedensbruch, Widerstand, Raufhandel und Körperverletzung. Bei einem der Zeugen, der jetzt angeklagt wird und damals angeschossen wurde, wird zum Beispiel behauptet: der Schußkanal in seinem Bein beweise, daß er gerade getreten haben müsse...

BETZDORF:

Gegen die Herausgeberin der Regionalzeitung „Wahrheit", Ruth Heuzeroth, und einen Mitarbeiter dieses Blattes, Günter Will wurde wegen eines Berichts über eine polizeiliche Terrormaßnahme wegen Beleidigung und Verleumdung eine Gefängnisstrafe von 6 Monaten ohne Bewährung verhängt.

SPENDENKONTO:

Spenden zur Unterstützung politisch Verfolgter bitte einzahlen auf das Konto:
Vorstand der KPD/ML
– Spendenkonto –
Stadtsparkasse Dortmund
Kto. Nr. 321 004 547

Ärzte ließen Yamina sterben

Staatsanwalt: Kein Verbrechen

Vor sechs Monaten starb die Marokkanerin Yamina Abdel Yaliki unter großen Schmerzen bei einer Vorführung vor Studenten im Hörsaal der klinischen Anstalten Aachen. Medizinstudenten hatten damals ein Flugblatt veröffentlicht, in dem anhand von Zeugenaussagen bewiesen wurde, daß Yamina sterben mußte, weil sie nicht richtig behandelt wurde. Angesichts dieser großen Empörung nicht nur unter den Medizinstudenten, sondern unter der gesamten Aachener Bevölkerung, sah sich die Aachener Staatsanwaltschaft gezwungen, ein Ermittlungsverfahren gegen die verantwortlichen Ärzte einzuleiten und gegen die Ärzte der Pathologie, die offen kriminell vorgingen, indem sie Yamina schon nach zwei Stunden sezierten und Leichenteile verbrannten.

Jetzt wurde das Verfahren gegen die verantwortlichen Ärzte, unter ihnen Professor Reifferscheid, der die schwerkranke Patientin den Studenten vorgeführt hatte, eingestellt. In der Pressemitteilung der Staatsanwaltschaft heißt es, daß man die verantwortlichen Ärzte wegen fahrlässiger Tötung juristisch nicht belangen könne, weil es nicht ausgeschlossen sei, daß die Patientin nicht ohnehin gestorben wäre. Das, obwohl bereits die Stationsärzte einer Bekannten von Yamina gesagt hatten: Yamina hätte sofort operiert werden müssen. Sogar die Aachener Nachrichten hatten Sachverständige zitiert: „Die Operation gleich am Samstag wäre ein Segen gewesen," oder: „Rückblickend wäre ein sofortiger operativer Eingriff 'sinnvoll gewesen, da er zu diesem Zeitpunkt die schwere Komplikation eines Magendruchbruchs in die Brusthöhle und den hierdurch bedingten Tod noch hätte verhindern können'."

Noch zynischer ist die Begründung der Staatsanwaltschaft dafür, weshalb man die Ärzte nicht wegen Körperverletzung belangen könne: Körperverletzung könne man ihnen deshalb nicht anlasten, weil nicht sicher sei, ob Yamina im Hörsaal überhaupt noch wahrnehmungsfähig gewesen sei. Worauf das hinauslaufen soll, macht eine Aachener Lokalzeitung deutlich: „Je schwerer der Fall – und der Fall Abdel Yaliki war schon außergewöhnlich – desto mehr bewegt sich der Arzt im rechtsfreien Raum."

Das heißt mit anderen Worten: der werktätige Patient ist rechtlos. Er ist es umso mehr dann, wenn er so schwer krank ist, daß er sich nicht wehren kann. Die „Begründung" der Staatsanwaltschaft Aachen ist nicht neu. Mit ähnlichen „wissenschaftlichen Begründungen" vernichteten Berufskollegen des Professor Reifferscheid in der Zeit des Hitlerfaschismus tausendfach „unwertes Leben." Diese Einstellung des Ermittlungsverfahrens zeigt die Verlogenheit von Ärzten und Politikern, wenn in den Debatten über die Abschaffung des § 218 von der Notwendigkeit der „Erhaltung des Lebens" die Rede ist.

Die kapitalistische Medizin ist keine Wissenschaft, die um die Gesundheit und das Leben der werktätigen Patienten kämpft. Sie hat lediglich die Aufgabe, die Krankheit so weit zu bekämpfen, daß der Patient wieder für den Profit der Kapitalisten arbeiten kann. Das untermauerte auch ein Arzt der Klinischen Anstalten Aachen, der in einer Diskussion im Rundfunk erklärte, man müsse den Studenten Patienten vorführen, die mit dem Tod ringen, damit sie sich an den Anblick gewöhnen.

Genossen der Partei besuchten einige Tage, nachdem die Zeitungen über die Einstellung des Ermittlungsverfahrens geschrieben hatten, den Mann Yaminas. Er wußte davon noch nichts. Er las darüber erst in der Zeitung, wie er auch vom Tod seiner Frau zuerst aus der Zeitung erfahren hatte. In der Zeitung hatte man lesen können, daß der Rechtsanwalt des Kollegen Yaliki den Staatsanwalt wegen seiner „genauen Ermittlungen" gelobt hatte und verkündete, daß sein Mandant Yaliki nichts gegen die Einstellung des Ermittlungsverfahrens unternehmen werde. Kollege Yaliki sagte unseren Genossen dagegen, daß er niemals so etwas gesagt habe. Er war über die Verlautbarungen seines Rechtsanwaltes sehr überrascht, da er ihn seit dem Tod seiner Frau überhaupt nicht mehr gesehen hatte.

Die bürgerliche Klassenjustiz hatte versucht, mit „Enthüllungen" darüber, daß Yamina unkontrolliert habe Wasser trinken können, den Eindruck zu erwecken, daß das Opfer dieser mörderischen Krankenbehandlung an seinem Tod selbst schuld sei.

Aber auch solche Lügen können die Empörung der Aachener Bevölkerung nicht verhindern. Professor Reifferscheid bekam so viele wütende Anrufe aus der Bevölkerung, daß er um Polizeischutz bat.

Gelsenkirchen:

"Keine Schliessung des Knappschaftskrankenhauses!"

Im Raum Westfalen-Lippe sollen in den nächsten Jahren 75 Krankenhäuser geschlossen werden. Ein besonders krasser Fall unter diesen Schließungen, die die gesundheitliche Versorgung der Bevölkerung noch weiter verschlechtern werden, ist das Knappschaftskrankenhaus Gelsenkirchen mit 500 Betten. Die Allgemeine Ortskrankenkasse (AOK) betreibt diese Schließung völlig offen mit dem „Argument" es gäbe zu viele Krankenbetten in Gelsenkirchen. Ganz so offen wagt die Knappschaft nicht aufzutreten. Wenn man ihren Vertretern glaubt, dann soll das Krankenhaus in Gelsenkirchen erst 1980 geschlossen werden, wenn ein neues Krankenhaus in Recklinghausen, einer Nachbarstadt von Gelsenkirchen, entstanden ist. Für diese Krankenhaus, das natürlich für die Gelsenkirchener überhaupt kein Ersatz wäre, existieren allerdings bis heute weder konkrete Pläne, noch ist das Geld für den Bau bewilligt.

Die Gerüchte über die beabsichtigte Schließung des Krankenhauses beunruhigen natürlich nicht nur die Bevölkerung, sondern vor allem auch die Beschäftigten des Krankenhauses. Das zeigte sich ganz deutlich auf einer Belegschaftsversammlung vor einiger Zeit.

Auf diese Versammlung kam ein Knappschaftsdirektor aus Bochum, der am Anfang erklärte, er habe es sich zur Aufgabe gesetzt die Belegschaft zu beruhigen und zu besänftigen. Das ist ihm allerdings nicht gelungen. Nach seinen „Besänftigungsversuchen", die hauptsächlich darin bestanden, die Zukunft in den rosigsten Farben zu schildern sprach ein Assistenzarzt aus der Inneren Abteilung des Krankenhauses. Er entlarvte zunächst die katastrophalen Zustände auf dieser Abteilung. Von acht Planstellen für Assistenzärzte sind hier nur noch zwei besetzt. Versorgt werden müssen aber 130 Patienten. Das führt zu einer chronischen Überbelastung der Ärzte und zu einer Unterversorgung der Patienten. Genauso schlimm steht es mit den hygienischen Verhältnissen. Die Betten der Patienten stehen an blutverschmierten Wänden. An einigen Stellen fällt der Putz herunter. Statt sie zu renovieren, werden die ärgsten Stellen mit Kalenderbildern überhängt. Von diesem sogenannten Gartenhaus müssen die Patienten bei Wind und Wetter über einen offenen Hof in die Röntgenabteilung gebracht werden. Schwerkranke Patienten können nicht in ihren Betten aus den Zimmern gerollt werden, weil die Türen zu eng sind für die Betten, sie müssen jedesmal umgepackt werden, was zu gefährlichen Verzögerungen führen kann. An diesen sich ständig weiter verschlimmernden Verhältnissen zeigt sich klar, daß das Krankenhaus für die Behörden auf der Abstrichliste steht und sozusagen langsam ausgehungert wird – auf Kosten der Patienten und der Belegschaft. Denn es ist klar, daß es nicht bei den schleichenden Entlassungen wie bei der Nichtbesetzung der Assistenzarztplanstellen bleiben wird.

Nachdem sich dieser Kollege zu Wort gemeldet hatte, kam bald eine lebhafte Diskussion in Gang. Der Vertreter des Betriebsrates versuchte, das Vertrauen in die Krankenhausleitung wieder herzustellen, indem er dem ebenfalls anwesenden Krankenhausdirektor eine Frage stellte, nur um nach dessen Antwort sagen zu können: „Ja, Herr Direktor, wenn Sie das sagen, dann glauben wir das." Von der Belegschaft erntete er dafür allerdings Gelächter und Buhrufe. Schließlich reagierte Krankenhausdirektor Funk mit offenen Einschüchterungsversuchen. Einen Pflegeschüler, der einen Einwand gebracht hatte, schnauzte er an: „Herr..., Sie als Schüler haben es gerade nötig!" Dieses Vorgehen wurde allerdings von der Versammlung als übler Einschüchterungsversuch zurückgewiesen. So bedrängt, brach Krankenhausdirktor Funk die Versammlung einfach ab und verließ, zusammen mit dem Knappschaftsdirektor, den Saal.

Der Assistenzarzt, der bereits zu Beginn der Versammlung gesprochen hatte, forderte daraufhin die Kollegen auf, zu bleiben., *Wenn der Funk aufhört, brauchen wir noch lange nicht aufzuhören.*"Tatsächlich blieben ca. 50 Kollegen, um zu diskutieren, was man tun könne, um eine Schließung des Krankenhauses zu verhindern.

Am Abend des gleichen Tages bildete sich eine Initiativgruppe gegen die Schließung des Krankenhauses, die folgende Forderungen aufstellte:

1. Keine Schließung des Knappschaftskrankenhauses!

2. Sofortiger Beginn der Renovierungsarbeiten!

3. Keine Entlassungen!

Ein Flugblatt mit diesen Forderungen wurde im Krankenhaus verteilt und stieß auf großes Interesse.

Die Krankenhausleitung reagierte mit verstärktem Druck. Direktor Funk ließ zum Beispiel einzelne Schüler zu sich kommen und drohte denjenigen, die das Flugblatt geschrieben hätten, könne er jetzt schon garantieren, daß sie durch das Examen fallen würden. Gleichzeitig versuchte er, gegen den Assistenzarzt der Inneren Abteilung zu hetzen, der ja als Kommunist „berüchtigt" sei.

Diese verstärkten Unterdrükkungsmanöver haben bis jetzt allerdings die Kampfentschlossenheit der Initiativgruppe nicht beeinträchtigen können. Es ist geplant, eine weitere Versammlung durchzuführen, sich mit Flugblättern an die Bevölkerung des Stadtteils zu wenden, in dem das Krankenhaus steht und die Einberufung einer neuen Belegschaftsversammlung zu fordern, um die Forderungen der Initiativgruppe auf eine breitere Basis zu stellen.

30 Jahre Befreiung Albaniens

Fortsetzung von Seite1

Ihnen folgten die freiwilligen Kräfte der Streitkräfte, Verbände der Militärakademie, der Flugbrigaden, Artillerieeinheiten, Raketenfahrzeuge, Panzerverbände und andere. Hoch am Himmel zogen Geschwader der Luftwaffe vorbei. **Es ist eine Armee, die die Kraft des Volkes zum Ausdruck bringt, die unerschrocken jedem Feind entgegentreten wird, um ihm den Weg zu verlegen.**

Nach der Militärparade fand eine Parade der Werktätigen von Tirana statt, die die glänzenden Erfolge des sozialistischen Aufbaus auf Transparenten verkündeten, die auf verschiedenen Gebieten erzielt worden sind. Sie bekundeten ihre enge Verbundenheit mit der Partei der Arbeit und ihrem Führer, Genossen Enver Hoxha.

Am Abend des 29. November gaben das Zentralkomitee der Partei der Arbeit, das Präsidium der Volksversammlung und der Ministerrat der Volksrepublik Albanien einen großartigen Empfang. Es schloß sich auf dem Skanderbegplatz ein festlicher Abend an, der von tausenden Werktätigen, Arbeitern und Genossenschaftlern, Kriegsveteranen und Jugendlichen und Patrioten gefüllt war. Der Platz war voller Nationalflaggen und roten Fahnen. Weithin sichtbar leuchtete ein großes Transparent: **„Ruhm der Partei der Arbeit Albaniens"** und ein riesiges Plakat mit dem Thema: Das sozialistische Albanien marschiert im 30. Jahr seiner Befreiung."

In bunte Lichter war die Fassade des Exekutivkomitees der Partei getaucht, an der ein großes Portrait des geliebten Führers der Partei und des albanischen Volkes, Genossen Enver Hoxha, angebracht war.

Auf der Tribüne vor dem großen Kulturpalast gaben Sänger, Volkstänzer, Pioniere, Laienkunstgruppen, Künstler des Opern- und Balletttheaters ihre Vorstellungen.Die Militärkapelle spielte fröhliche Märsche. Buntes Feuerwerk erhellte den abendlichen Himmel.

Bis in die späten Stunden herrschte auf dem Skanderbegplatz eine lebendige und sehr fröhliche Atmosphäre. Die Menschen wünschten einander: , Fröhliches Fest, neue, glänzende Siege in der Zukunft."

Es lebe das sozialistische Albanien, das Leuchtfeuer des Sozialismus in Europa!

Es lebe die ruhmreiche Partei der Arbeit mit ihrem Vorsitzenden, Genossen Enver Hoxha!

Aus der Rede des Genossen Hysni Kapo, Mitglied des Politbüros des ZK der Partei der Arbeit Albaniens.

Auf einer feierlichen Versammlung am 29. November zum 30. Jahrestag der Befreiung Albaniens und des Triumphes der Volksrevolution hielt Genosse Hysni Kapo, Politbüromitglied des ZK der Partei der Arbeit, eine Rede. Wir drucken aus dieser Rede im folgenden Auszüge ab über den Kampf der Partei der Arbeit und des albanischen Volkes zur Verteidigung des Marxismus-Leninismus, der Freiheit und Unabhängigkeit des Vaterlandes gegen den modernen Revisionismus und den sowjetischen Verrat.

„In den großen Bestrebungen unseres Volkes zur Verteidigung der errungenen Siege und der Fortsetzung der Revolution", sagte Genosse Hysni Kapo, „ist der Kampf um die Verteidigung des Marxismus-Leninismus gegen den modernen Revisionismus, den großen Verrat und gefährlichen Feind des Sozialismus, eines der ruhmreichsten Blätter der Geschichte der Partei der Arbeit und des albanischen Volkes.(...)

Die modernen Revisionisten mit den Chruschtschowschen an der Spitze ließen nichts unversucht, die Partei der Arbeit Albaniens vom marxistisch-leninistischen Weg abzubringen, sie zu beugen und zu unterwerfen. Sie benutzten gegen die Partei der Arbeit und das albanische Volk ihr ganzes Arsenal an schmutzigen Waffen, Intrigen, Erpressungen und Verleumdungen, Komplotte und Blockaden bis hin zum Aufruf und offenen Versuch der Konterrevolution in Albanien(...)

Die Sowjetrevisionisten waren der Ansicht, daß Albanien in Folge der errichteten Blockade stecken bleiben und ohne ihre Dienste nicht leben könnte. Was aber zeigte die Realität? Albanien hielt nicht nur dem revisionistischen Sturm stand, sondern sein Kampf gegen Revisionismus machte es stärker und unzerbrechlicher. Sich auf die eigene Kraft stützend und sich der internationalistischen Hilfe der Volksrepublik China erfreuend, hat Albanien ein hohes Entwicklungstempo entwickelt und glänzende Erfolge erreicht.(...)

Der Kampf gegen den modernen Revisionismus war für die Partei der Arbeit und das albanische Volk eine große Schule. In diesem Kampf wurden sie politisch und ideologisch gehärtet. Sie lernten besser ihre Freunde und ihre Feinde kennen. Sie verstärkten weiterhin ihre Kompaktheit und Einheit, sie verschärften die revolutionäre Wachsamkeit gegenüber jeder äußeren feindseligen Tätigkeit und Ideologie. Es wurde bewiesen, daß Revisionismus keine unabdingbare Fatalität ist, wenn man eine richtige marxistisch-leninistische konsequente und prinzipienfeste Linie befolgt (...)

Aus dem, was in der Sowjetunion und anderswo geschah, zog unsere Partei die entsprechenden Lehren von großer theoretischer und praktischer Bedeutung.

Unter der Führung der Partei," betonte Genosse Hysni Kapo ferner, , haben die Organe der Volksmacht, die Massenorganisationen und alle Werktätigen in diesen Jahren einen entschlossenen Kampf gegen den Bürokratismus und Liberalismus geführt, gegen diese gefährlichen Feinde der Diktatur des Proletariats, die – wie die Erfahrungen der Sowjetunion zeigen – wenn sie nicht bekämpft werden, zur Entartung der sozialistischen Gesellschaftsordnung führen. Der Kampf gegen diese beiden Übel ist einer der wichtigsten Aspekte des Klassenkampfes in der Periode des Sozialismus. Unsere Partei und unser Staat haben nicht gestattet und werden niemals die Bildung irgendeiner privilegierten Schicht gestatten, wie es in den revisionistischen Ländern geschah, wo diese Schicht zur Grundlage der Konterrevolution geworden ist (...)

Albanien", so unterstrich Genosse Hysni Kapo, „baut den Sozialismus auf unter den Bedingungen der imperialistischen und revisionistischen Einkreisung und in ständiger Feindseligkeit der Imperialisten, Revisionisten und ihren Alliierten. Diese Einkreisung, so hat die Partei des öfteren unterstrichen, ist nicht nur eine geographische Einkreisung. Sie vertritt an und für sich einen ständigen wirtschaftlichen und politischen Druck, eine pausenlose ideologische und kulturelle Aggression, eine ständige militärische Bedrohung.

Das neue Albanien, von größten und gefährlichen Feinden eingekreist, hat sich behauptet,und es baut erfolgreich den Sozialismus auf, weil es über eine starke Volksmacht, mit den Massen aufs engste verbunden, verfügt, weil es eine tiefe und unverbrüchliche Einheit besitzt."

DIE HAUPTTENDENZ IN DER WELT IST REVOLUTION!

Südkorea: Studenten kämpfen gegen die Pak Jung Hi-Clique

Der Kampf der Studenten in Südkorea gegen das faschistische Pak Jung Hi's verstärkt sich mit jedem Tag. Im Oktober und November versammelten sich beinahe täglich tausende von Studenten in den Universitäten und Hochschulen des Landes und klagten die Pak Jung Hi-Clique der Korruption, der faschistischen Unterdrückung und des Verrats an der Nation an. Die Studenten verabschiedeten Resolutionen, in denen sie u. a. forderten: „Pak Jung Hi, tritt zurück! Freilassung aller politischen Gefangenen! Für eine demokratische, verfassungsmäßige Regierung!"

Zehntausende von Studenten im ganzen Land sind im Aufruhr. Ihre Kampfentschlossenheit und ihr Kampfesmut kann auch nicht durch den Terror der faschistischen Polizei gebrochen werden, die die Universitäten umzingelte und die Studenten hinterhältig und barbarisch überfiel.

Am 30. Oktober rückten 2 000 Studenten der Yonse-Universität in Seoul nach einer Versammlung gegen die Polizei vor, überschütteten sie mit einem Steinhagel, durchbrachen den Polizeikordon und stürmten in die Straßen der Stadt. Die Studenten zogen mehrere Stunden lang durch die Stadt, verteilten Flugblätter und riefen Parolen gegen das Pak Jung Hi-Regime und schlugen alle Versuche der Polizei, die Demonstration aufzulösen, nieder. Ähnliche Kämpfe wurden auch in anderen Universitäten und Hochschulen Seouls und im ganzen Land geführt.

Alle diese Kämpfe sind ein Ausdruck der gerechten Empörung des ganzen koreanischen Volkes über die faschistische Diktatur des Pak Jung Hi-Regimes. Dieses Regime hat tausende von reaktionären Verordnungen und Maßnahmen erlassen, nach denen es jedermann beliebig lange in Haft halten, Urteile fällen und sogar Hinrichtungen anordnen kann. Mehrere tausend Menschen sind auf diese Weise in diesem Jahr verhaftet, eingekerkert und zu harten Strafen verurteilt worden, einige davon wurden ermordet.

Pak Jung Hi, dieser Faschist, ist in Wirklichkeit, wie seine Vorgänger auch, eine Marionette in den Händen der USA-Imperialisten. Seit 1950, als die amerikanischen Imperialisten ihren Aggressionskrieg gegen Korea entfesselten und die Nation spalteten, stehen ihre Besatzertruppen unter der Flagge der sogenannten „UNO-Kommission für die Vereinigung und Wiederherstellung Koreas" in Südkorea. Seit dieser Zeit hat das koreanische Volk den Kampf für die Wiedervereinigung der Nation, gegen die faschistische Unterdrückung und imperialistische Ausplünderung des Landes niemals aufgegeben. Immer wieder hat die Regierung der Demokratischen Volksrepublik Korea (DVRK) unter der Leitung von Kim Ir Sen, in Verfolgung der gerechten Interessen des ganzen koreanischen Volkes Vorschläge für die friedliche Wiedervereinigung des Landes gemacht.

Vor 2 Jahren, am 4. Juli 1972, mußte das Regime in Seoul, durch den Kampf der Volksmassen in die Enge getrieben, eine gemeinsame Erklärung mit der DVRK unterzeichnen, in der es heißt: *„Die Wiedervereinigung soll selbständig, d. h. ohne sich auf eine fremde Macht zu stützen, noch mit deren Einmischung erreicht werden."* Gleichzeitig wurde festgelegt, daß beide Seiten von *„bewaffneten Provokationen (...) abzusehen"* haben. Die US-Imperialisten und ihr Lakai Pak Jung Hi haben diese Erklärung nur als einen Fetzen Papier betrachtet, die faschistische Unterdrückung des Volkes verstärkt, die beiderseitige Annäherung sabotiert und allein 1973 über 16 200 bewaffnete Provokationen gegen die DVRK verübt, zuletzt durch die Entsendung von zwei Kriegsschiffen in die Gewässer der DVRK. Der vollständige Abzug der US-Besatzertruppen aus Südkorea und die Beendigung der Einmischung der USA-Imperialisten in die inneren Angelegenheiten Koreas sind die Grundvoraussetzungen für die Wiedervereinigung des Landes.

Die Pak Jung Hi-Clique, die sich im ganzen Land immer mehr isoliert hat, hat inzwischen die Unterstützung der sowjetischen Sozialimperialisten erhalten. Auf Einladung der sowjetischen Behörden besuchte im letzten Jahr eine Delegation der südkoreanischen Kapitalistenvereinigung Moskau und führte dort Gespräche. 38 südkoreanische Sportler erhielten Visa und konnten unter der Spalterflagge Südkoreas an den internationalen Studentenwettkämpfen teilnehmen.

Die sowjetischen Sozialimperialisten kurbeln ihre Zusammenarbeit mit dem Pak Jung Hi-Regime zu einem Zeitpunkt an, an dem sich die Kämpfe der Studenten Südkoreas mit denen der Arbeiter, der Gläubigen verschiedener Religionen, mit der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung zu einem reißenden Strom gegen die faschistische Diktatur der Pak Jung Hi-Clique vereinen, die wie Kim Ir Sen, Präsident der DVRK sagte, durch alle ihre Aktivitäten nur ihren eigenen jämmerlichen Untergang beschleunigt.



Studenten in Seoul durchbrechen bei einer Demonstration den faschistischen Polizeikordon und stürmen in die Straßen der Stadt.

Die Lon-Nol-Clique hat kein Recht, Kambodscha in der UNO zu vertreten!

Durch Verfahrenstricks ist es den USA-Imperialisten in der Vollversammlung der UNO noch einmal gelungen, die Vertreibung ihrer Marionettenclique um Lon Nol und Sirik Matak aus den Vereinten Nationen zu verhindern. Auf Antrag der US-Imperialisten nahm die Vollversammlung mit zwei Stimmen Mehrheit eine Resolution an, in der behauptet wird, in Kambodscha gebe es zwei „Konfliktsparteien", die sich miteinander „aussöhnen" müssten.

Der einzige Zweck dieser Resolution war es, eine Abstimmung über den Antrag von 35 Staaten zu verhindern, die Lon Nol/Sirik Matak Clique vom Sitz Kambodschas in der UNO zu vertreiben und die Königliche Regierung der Nationalen Union von Kambodscha (KRUNK) mit Prinz Sihanouk als Staatsoberhaupt als einzige rechtmäßige Regierung Kambodschas anzuerkennen.

Wir drucken im Folgenden Auszüge aus einer Erklärung von Khieu Samphan, Vizepremier der Königlichen Regierung der Nationalen Union von Kambodscha (KRUNK) die am 14. November veröffentlicht wurde, ab. In dieser Erklärung wird der gerechte Standpunkt der Königlichen Regierung der Nationalen Union (KRUNK) und des ganzen kambodschanischen Volkes über die Wiederherstellung der legitimen Rechte der KRUNK in der UNO dargelegt. In der Erklärung heißt es über die Verräterclique um Lon Nol und Sirik Matak:

„Sie haben den US-Imperialisten Tür und Tor geöffnet, so daß diese Kambodscha in eine Neokolonie verwandeln konnten, den grausamsten Aggressionskrieg in Gang brachten und die Bevölkerung – alte Menschen, Kinder, Männer, Frauen, buddhistische Mönche und Gläubige – grausam und blindwütig abschlachten und ausrotten. Die US-Imperialisten haben die hochentwickelste Kriegstechnik eingesetzt, um die Reichtümer, die Dörfer, Pagoden und Tempel in Asche zu legen und das Volk Kambodschas mit Ruinen übersät und ihnen unzählige Leiden zugefügt, wie sie in der Geschichte Kambodschas und auch in den Weltkriegen nicht gekannt worden waren. Deshalb sind die Verräter in Phnom Penh monströse Verbrecher, die man muß sie vollständig vernichten.

Seit mehr als vier Jahren führen das Volk und die Volksstreitkräfte für die nationale Befreiung Kambodschas (VSNBK) unter der siegreichen Fahne der Nationalen Befreiungsfront Kambodschas (NEFK) mit Samdech Norodom Sihanouk, dem Staatsoberhaupt als Vorsitzendem, einen heroischen Kampf gegen den Feind und fügen ihm – den Herren wie den Marionetten – immer wieder schwere Niederlagen zu. **Gegenwärtig, in diesem Monat, an diesem Tag ist die Lage der Verräter so: sie haben kein Land, keine Menschen, und fristen ihr Leben nur noch mühsam dank der US-Imperialisten, die sie täglich mit Hilfe aller Art versorgen: mit Dollars und zehntausenden Tonnen Waffen, Munition und Lebensmitteln."**

In der Erklärung wird bekräftigt, daß es mit der Lon Nol/Sirik Matak-Clique weder Verhandlungen noch Kompromisse geben kann und daß das kambodschanische Volk, die Nationale Einheitsfront Kambodschas (NEFK), die Königliche Regierung der Nationalen Union (KRUNK) und die Volksstreitkräfte für die Nationale Befreiung Kambodschas (VSNBK) den Kampf weiterführen werden bis die Verräter beseitigt sind und die US-Imperialisten, ihre Herren, aus dem Land vollständig vertrieben sind.

„Die Handvoll von Verrätern," fährt die Erklärung fort, „vertritt niemanden außer sich selbst. Sie hat kein Recht, den Sitz Kambodschas in der UNO einzunehmen."

„Dieser Sitz muß der Königlichen Regierung der Nationalen Union (KRUNK) zurückgegeben werden, der einzigen legalen und legitimen Regierung von Kambodscha, der wirklichen Vertretung der Nation und des Volkes von Kambodscha."

Spendet zur Unterstützung des Befreiungskampfes des kambodschanischen Volkes auf das Konto:

Vorstand der KPD/ML
Spendenkonto
Stadtsparkasse Dortmund
Kto. Nr. 321 004 547
Stichwort: KAMBODSCHA

Aus aller Welt

DÄNEMARK:

Am Dienstag vergangener Woche führten die Arbeiter der wichtigsten Betriebe Dänemarks einen spontanen Streik durch, der nicht vom Gewerkschaftsapparat unterstützt wurde. Der Streik, der auf den Werften und im Hafen von Kopenhagen begann, weitete sich schnell aus. Mit dem Streik kämpften die Arbeiter gegen Arbeitslosigkeit und Preissteigerungen. Seit dem Eintritt Dänemarks in die EG hat sich die Lebenslage der Werktätigen ständig verschlechtert. Schon heute beträgt die Arbeitslosenquote 8,9 % und sie wird bis zum Frühjahr auf 10 % steigen, während die Preise für Lebensmittel um 18 % angestiegen sind. Um die Arbeiter weiter auszuplündern und ihren Kampf zu unterdrücken, plant die dänische Regierung einen gesetzlichen Lohnstopp für ein Jahr und die Aussetzung von Teuerungszulagen.

SPANIEN:

Im ganzen Land verstärkt sich die Streikwelle der Arbeiter und der anderen Werktätigen weiter. Die Arbeiter von SEAT in Barcelona beschlossen am 19. November, solange weiterzukämpfen, bis drei ihrer verhafteten Kollegen freigelassen werden. Zur Unterstützung des Streiks versammelten sich am Vortage tausende von Demonstranten vor der Kathedrale in Barcelona und demonstrierten anschließend in mehreren Gruppen durch die Straßen der Stadt. Als ein Polizeitrupp eine Gruppe von Demonstranten überfallen und auf sie schießen wollte, wurden die Polizisten angegriffen und vier von ihnen verletzt.

Während der ganzen Zeit verteilten die KPSp/ML, die FRAP und die OSO Flugblätter bei SEAT, in denen sie die Forderungen der Arbeiter unterstützten, zum Kampf gegen die faschistische Diktatur und zum revolutionären Generalstreik aufriefen. Ähnliche Flugblätter wurden im ganzen Land verteilt. Als in Sabadell die Polizei in zwei Jeeps ein Mitglied der FRAP, das die „Rote Hilfe"-Zeitung verkaufte, mit dem Ruf: „Hände hoch oder ich schieße!" festnehmen wollte, warfen die Kollegen einen Molotow-Cocktail nach dem Jeep und flohen, bevor diese Verbrecher ihr Ziel erreichen konnten.

FRANKREICH:

Mehrere Hundertschaften Polizei haben in der Nacht zum 28. 11. einen Großteil der Studios der ORTF besetzt, um den Kampf der streikenden Journalisten gegen Massenentlassungen zum 1. Januar zu brechen. Der Terror der Polizei, die auf ausdrücklichen Befehl des Ministerpräsidenten handelte, hat große Empörung unter den Werktätigen Frankreichs hervorgerufen. Die Techniker der ORTF solidarisierten sich mit den Journalisten und beschlossen, den gesamten Sendebetrieb lahmzulegen, wenn die Polizei nicht sofort abgezogen wird.

HÖRT DIE REVOLUTIONÄREN SENDER!

RADIO TIRANA

UHRZEIT	WELLENLÄNGE
Das 1. Programm	
13.00 - 13.30	32 und 41 Meter
16.00 - 16.30	32 und 41 Meter
19.00 - 19.30	41 und 50 Meter
Das 2. Programm	
14.30 - 15.00	32 und 41 Meter
18.00 - 18.30	32 und 41 Meter
21.30 - 22.00	41 und 50 Meter und 215 Meter Mittelwelle
Das 3. Programm	
6.00 - 6.30	41 und 50 Meter und 215 Meter Mittelwelle
23.00 - 23.30	41 und 50 Meter und 206 Meter Mittelwelle

32 Meterband entspricht 9,26 Mhz
41 Meterband entspricht 7.23 Mhz
50 Meterband entspricht 5,95 Mhz
215 Meter entspricht knapp 1.400 khz Mittelwelle
206 Meter entspricht 1,456 khz.



RADIO PEKING

19.00 – 20.00
21.00 – 22.00
Immer: 43,7 42,8 und 26,2 Meter

30 Jahre Volksmacht in Albanien

Am 29. November feierte das albanische Volk den 30. Jahrestag seiner Befreiung und des Triumphs der Volksrevolution. Als die Soldaten der Nationalen Befreiungsarmee am 29. November 1944 in die Stadt Shkodra einzogen und sie von den Hitlertruppen säuberten, da war für das albanische Volk die Geschichte der jahrhundertelangen Unterdrückung und Ausbeutung durch fremde Mächte und ihre einheimischen Diener – die Beys, Grundherren, Finanzmänner, Kaufleute, Großhändler, Wucherer – zu Ende. Genosse Enver Hoxha schrieb damals in einer Botschaft an das albanische Volk: „Heute wird eine neue Seite unserer Geschichte aufgeschlagen. Es liegt an uns, diese Seite genauso ruhmvoll zu gestalten, wie unseren Kampf gegen die Okkupanten. Und das werden wir tun..."

Geführt von der Partei der Arbeit Albaniens vollbrachte das Volk in den letzten drei Jahrzehnten wahre Wunder. Es verwandelte Albanien von dem „Armenhaus Europas" zu einem blühenden, freien unabhängigen sozialistischen Staat. Das Geheimnis all dieser Erfolge ist die Volksmacht, die Diktatur des Proletariats, die Tatsache, daß das Volk selbst die Macht in Händen hält.

Das albanische Volk konnte die Macht erringen und sie fest in Händen halten, weil sein Kampf für die Befreiung, für den sozialistischen Aufbau des Landes, für die Verteidigung und Festigung der Diktatur des Proletariats von der Kommunistischen Partei geleitet wurde, die mit den Lehren des Marxismus-Leninismus ausgerüstet ist und stets an ihnen festgehalten hat. Die Grundlage der Volksmacht, des Staates des sozialistischen Albanien, wurden von den Volksmassen selbst, unter Leitung der Kommunistischen Partei Albaniens, im Feuer des Befreiungskampfes und der Volksrevolution geschaffen. Im Februar 1942 faßte das Zentralkomitee der KPA den Beschluß zur Gründung der Nationalen Befreiungsräte. Die Nationalen Befreiungsräte organisierten und mobilisierten das Volk im antifaschistischen Kampf in den nicht befreiten Gebieten und erfüllten die Aufgaben von Organen der Volksmacht in den bereits befreiten Gebieten. „*Sie waren*", heißt es in der Geschichte der Partei der Arbeit Albaniens, „*das Gegenteil aller ausbeuterischen, volksfeindlichen staatlichen Organe und Organisationen. So gewannen die Nationalen Befreiungsräte eine große Popularität unter den Volksmassen. Nach der Pezakonferenz* (Nationale Befreiungskonferenz, auf der der provisorische Generalrat der Nationalen Befreiung gewählt wurde) *wuchs rasch ihre Zahl, sowohl in den befreiten als auch in den nicht befreiten Gebieten. Das Volk sah in ihnen die Beschützer seiner und des Vaterlandes Interessen.*" (S. 140). Die Nationalen Befreiungsräte genossen ein hohes Ansehen und hatten eine große Autorität, denn sie vertraten nicht die Ausbeuter und Unterdrücker des Volkes, sondern die aufständischen Volksmassen selbst, die ihre besten und entschlossensten Kämpfer in die Räte schickte. Noch vor der Befreiung Albaniens von den Truppen der Hitlerfaschisten zerschlug das albanische Volk unter Leitung der Kommunistischen Partei den alten, volksfeindlichen Staat und gründete den neuen, volksdemokratischen Staat.

Das albanische Volk hatte seinen Sieg unter großen Opfern im bewaffneten Kampf gegen die italienischen und deutschen Faschisten und die innere Reaktion errungen. Vor ihm lag eine lichte Zukunft und es war fest entschlossen, die Errungenschaften des Sieges zu verteidigen und ein neues Albanien, frei von Ausbeutung und Unterdrückung aufzubauen. Wo lag der Schlüssel für diesen Weg?

„*Nach jedem Kampf und jeder Revolution*", schrieb das ZK der KPA im Dezember 1944, „*ist die Ergreifung und Erhaltung der Staatsmacht die wichtigste und schwierigste Frage. Auch für uns, für unsere Partei ist die Staatsmacht das wichtigste Problem, das Zentralproblem. Deshalb ist heute Festigung dieser Staatsmacht unser Hauptziel. Mit dieser wollen wir von Sieg zu Sieg, von Reform zu Reform schreiten.*" Die Albaner waren sich klar darüber, daß die englischen und amerikanischen Imperialisten das Erbe der Hitlerfaschisten in Albanien antreten wollten, sie kannten die Versuche der Tito-Clique, Albanien Jugoslawien einzuverleiben und sie wußten, daß die alten, gestürzten albanischen Ausbeuterklassen unvermeidlich versuchen würden, die Volksmacht zu stürzen, um, im Bunde mit den Imperialisten die alte Ausbeuterordnung wiederzuerrichten. Mit der Befreiung und dem Sieg der Volksrevolution war erst der erste Schritt auf einem langen und schwierigen Weg getan. Um die Volksmassen zu festigen und zu erhalten, mußten die alten Ausbeuter mit eiserner Faust niedergehalten werden.

Der neue Staat ist eine Diktatur, die Diktatur der Arbeiterklasse, die im Bündnis mit der werktätigen Bauernschaft unter der Führung der Partei die Macht ausübt. Die Bourgeoisie und die modernen Revisionisten entfachen eine große Demagogie, um die Diktatur des Proletariats als „Schreckensherrschaft", als „Diktatur einer Person", als „System des Terrors und der Gewalt gegen das Volk" darzustellen, während sie gleichzeitig die „bürgerliche Demokratie" in den Himmel loben, sie als eine über den Klassen stehende Macht bezeichnen und überhaupt alles tun, um sie als die einzige und wirkliche Demokratie für die Werktätigen zu präsentieren. Hinter der dünnen Tünche der „bürgerlichen Demokratie" verbirgt sich aber in Wirklichkeit die nackte Diktatur der Bourgeoisie über die Arbeiterklasse und die anderen Werktätigen. Natürlich, für die Kapitalistenklasse und ihre Handlanger ist die Diktatur des Proletariats eine schreckliche Vorstellung, denn sie stürzt ihre Macht, beseitigt die Ausbeutung und die Privilegien der Ausbeuter und zieht sie für ihre Verbrechen zur Rechenschaft. Für die Arbeiterklasse und die anderen Werktätigen dagegen ist die Diktatur des Proletariats millionenfach demokratischer als jede beliebige bürgerliche Demokratie.

Vor kurzem fanden in Albanien Wahlen zur Volksversammlung, dem höchsten Organ der Staatsmacht, statt. Die Abgeordneten der Volksversammlung sind keine Berufspolitiker. Während sie ihr Mandat ausüben, arbeiten sie weiter in den Fabriken, den Dörfern, Büros usw., mitten unter denen, die sie gewählt haben. Und diese haben das Recht, den Abgeordneten jederzeit abzusetzen, wenn er das in ihn gesetzte Vertrauen nicht rechtfertigt.

Die Werktätigen Albaniens haben das Recht, alle Kader und Funktionäre der Partei- und Staatsorganisationen durch die Arbeiterklassenkontrolle zu überwachen und zu kontrollieren. Dies geschieht, indem von den Arbeitern Arbeiterkontrollgruppen organisiert werden, die die Arbeit in den verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen untersuchen. Die Ergebnisse ihrer Untersuchungen, die Beschlüsse, die sie fassen, sind verbindlich. Die Arbeiterklassenkontrolle ist kein Zeichen des Mißtrauens der Werktätigen gegenüber dem Staat der Diktatur des Proletariats, sondern, wie Enver Hoxha sagt: „ ...*die Massen fordern regelmäßig Rechenschaft, damit das stählerne Band, das sie mit den Kadern verbindet, nicht seine Stärke verliert, damit die Kader niemals den Geist der Verbundenheit mit dem Volk aufgeben, damit ihr Herz im Gleichtakt mit dem des Volkes schlägt, damit ihr Geist im selben Sinn arbeitet.*"

Das albanische Volk hat seine Befreiung mit der Waffe in der Hand erkämpft, und es hat nach der Befreiung die Waffen nicht aus der Hand gelegt. „Die Hacke in der einen Hand, in der andern das Gewehr, so bauen wir das eigne Land", heißt es in einem albanischen Lied.

Ausstellung zum 30. Jahrestag der Befreiung Albaniens im Dortmunder Parteibüro

Die Bewaffnung des ganzen Volkes zeigt den zutiefst demokratischen Charakter der Diktatur des Proletariats, zeigt die völlige Übereinstimmung zwischen dem Volk und seinem Staat. Sie zeigt zugleich die Entschlossenheit des ganzen Volkes, jeden Feind, mag er von außen oder innen kommen, zu zerschmetttern

„*Unser System der sozialistischen Demokratie*", sagte Genosse Enver Hoxha in seiner Rede vor den Wählern im Wahlkreis 209 von Tirana, „ ...*wurde aus der Volksrevolution geboren und fest auf den Lehren des Marxismus-Leninismus begründet. Im Kreuzfeuer des inneren und äußeren Klassenkampfes ist es gewachsen und hat sich weiterentwickelt. In der großen Praxis unseres sozialistischen Aufbaus ist es überprüft und verbessert worden. Nur die Revolution und die Diktatur des Proletariats sichern den breiten werktätigen Massen die Möglichkeit, an der Leitung des Lebens der Gesellschaft teilzunehmen, ihr Wort zur Innen- und Außenpolitik des Staates zu sagen, wirklich demokratische Freiheiten und Rechte zu genießen.*"

Das sozialistische Albanien hat allen Versuchen getrotzt, ihm seine Freiheit und Unabhängigkeit zu rauben und die Errungenschaften des sozialistischen Aufbau zunichte zu machen. Als die Chruschtschowrevisionisten den Marxismus-Leninismus verrieten, die Diktatur des Proletariats in der Sowjetunion in die Diktatur einer neuen Ausbeuterklasse über das Volk verwandelten und die einstmals sozialistische Sowjetunion in eine sozialimperialistische Supermacht verwandelten, hofften sie, Albanien durch Drohungen, Erpressungen, Sabotage und Komplotte zu ihrer Kolonie zu machen. Die Partei der Arbeit Albaniens mit Genossen Enver Hoxha an der Spitze verteidigte den Marxismus-Leninismus, geführt von der Partei hielt das Volk dem Druck und den Erpressungen der sowjetischen Sozialimperialisten stand und verteidigte die Diktatur des Proletariats, seine Freiheit und Unabhängigkeit. Albanien ist das einzige sozialistische Land, das Leuchtfeuer des Sozialismus in Europa. Durch seinen unbeugsamen Kampf gegen den Imperialismus, vor allem gegen die beiden Supermächte, hat es sich die Achtung der Völker erworben und Freunde in aller Welt gewonnen, ist es zu einer festen Stütze des Befreiungskampfes der Völker Europas vom Joch der beiden Supermächte geworden. So gern sie auch dieses Leuchtfeuer auslöschen möchten – das sozialistische Albanien beweist, daß ein kleines Land dem Druck und den Aggressionen der Supermächte standhalten kann. Das sozialistische Albanien beweist die unversiegbaren Energien und schöpferischen Fähigkeiten der Arbeiterklasse, die, geführt von ihrer marxistisch-leninistischen Partei, der Partei der Arbeit Albaniens, eine Welt ohne Ausbeutung und Unterdrückung gewonnen hat und sie gegen alle äußeren und inneren Feinde verteidigt.

Parteibüros der KPD/ML

Bielefeld:
Buchladen „Roter Morgen", Schloßhofstr. 1, Öffnungszeiten Mo. 16.30 – 18.30, Do. 16.30 – 18.30, Fr. 16.30 – 18.30, Sa. 9.00 – 13.00

Bremen:
Bremen-Walle, Waller Heerstr. 70, Öffnungszeiten: Sa: 9.00 – 13.00 Uhr, Mi: 16.00 – 19.00 Uhr

Dortmund:
Wellinghofer Str. 103, Tel: 0231/41 13 50, Öffnungszeiten: Mo – Fr: 14.00 – 18.00 Uhr, Sa: 9.00 – 13.00 Uhr

Hamburg:
Buchladen „Roter Morgen", Stresemannstr. 110, Tel: 040/43 99 137, Öffnungszeiten: Mo – Fr: 15.00 – 18.30 Uhr, Sa: 9.00 – 13.00 Uhr

Hannover:
Elisenstr. 20, Öffnungszeiten: Di und Do: 16.30 – 19.00 Uhr, Sa: 9.00 – 13.00 Uhr, Tel. 0511/44 51 62.

Kiel:
„Thälmann - Buchladen", Reeperbahn 13, Tel: 0431/74 762, Öffnungszeiten: Mo – Fr: 15.00 – 18.30 Uhr, Sa: 9.00 – 13.00 Uhr

Lübeck:
Buchladen „Roter Morgen", Marlesgrube 58, Öffnungszeiten: Mo – Fr 16.00 – 18.00 Uhr, Sa: 9.00 – 13.00 Uhr

Mannheim:
Lortzingstr. 5, Öffnungszeiten Mo – Fr. 17.00 – 18.30 Uhr, Sa. 9.00 – 13.00 Uhr, Tel 0621/37 67 44.

München:
Buchladen „Roter Morgen", 8 München 2, Thalkirchner Str. 19, Tel. 089/77 51 79, Öffnungszeiten: Mo – Fr: 14.30 – 18.30 Uhr, Sa: 9.00 – 13.00 Uhr

Stuttgart:
Buchladen „Roter Morgen", Haußmannstr. 107, Tel: 0711/43 23 88, Öffnungszeiten: Mo – Fr: 16.30 – 18.30 Uhr, Sa: 9.30 – 13.00 Uhr

Westberlin:
Buchladen „Roter Morgen", 1 Berlin 65, Schererstr. 10, Tel: 030/462 60 18, Öffnungszeiten: Mo – Fr: 14.30 – 18.30 Uhr, Sa: 10.00 – 14.00 Uhr

Parteiveranstaltungen

DORTMUND:
Veranstaltung zum 30. Jahrestag der Befreiung Albaniens und des Triumphs der Volksrevolution. Es spricht: Genosse Ernst Aust. 13. 12., 19 Uhr, Parkhaus Barop, DO-Barop, Stockumer Str.

AACHEN:
Veranstaltung zum 30. Jahrestag der Befreiung Albaniens, 11. 12., 19 Uhr, Alexander-von-Humboldt-Haus, Pontstr. 41.

Albanienausstellung im Alexander-von-Humboldt-Haus vom 30. 11. – 11.12., geöffnet von 14.00-23.00 Uhr.

KARLSRUHE:
„J.W. Stalin – ein großer Revolutionär und Marxist-Leninist", 9. 12., 20 Uhr, Clubraum des ASV Daxlanden, Karlsruhe-Daxlanden, Kornweg/Pfalzstr.

WUPPERTAL:
Veranstaltung der ROTEN GARDE zur Faschisierung, 7. 12., 18 Uhr, „Zum neuen Kornhaus", Karlstraße.